4. Hamburg, den 25. Januar 1890. 3. Jahrgang.

ben ist ja
tellparteien
— was ja
Arbeiter
„Reform
Und n
Falle
Par'

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staningk in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen kosten die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰. — Postkatalog Nr. 2565.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße Nr. 44, erste Etage.

Inhalt: Zur Geschichte der Bewegung für die Verkürzung und gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. — Parlamentarisches. Eine Thronrede über die Arbeiter. — Unfallversicherung. — Wirthschaftlich-soziale Rundschau. Die Arbeiter und die Neuwahlen zum Reichstage. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Gegen Einigungsämter und Schiedsgerichte. Bericht über die Lage und Organisation der Maurer in der Provinz Sachsen, Herzogthum Braunschweig und der Lausitz. Aus den neuesten Jahresberichten der Fabrikinspektoren. Mahnwort. Zünftlerisches. Das Volk ehrt seine Todten. — Situationsberichte. — Eingesandt. — Briefkasten.

Zur Geschichte der Bewegung für die Verkürzung und gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

II.

Am 27. April 1869 wurde die Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit zum ersten Male in einer deutschen gesetzgebenden Körperschaft erörtert, — im Reichstag des Norddeutschen Bundes und zwar bei Berathung der Gewerbeordnung.

Anlaß dazu boten zwei Anträge. Der eine, von dem Abgeordneten von Brauchitsch als Vertreter der konservativen Partei und mit Unterstützung derselben gestellt, lautete: „In allen Fabriken darf ein Lohnarbeiter nicht länger als zwölf Stunden der Tages- und der Nachtzeit beschäftigt werden."

Der andere Antrag war vom Abgeordneten Dr. von Schweitzer Namens der sozialdemokratischen Partei gestellt worden. Derselbe normirte für Fabriken und Werkstätten sowie für landwirthschaftliche Betriebe den Arbeitstag auf zwölf Stunden, wobei den Lohnarbeitern eine Pause von je einer halben Stunde Vor- und Nachmittags und von einer Stunde Mittags zu gewähren ist, so daß also die wirkliche Arbeitszeit in ihrem erlaubten Höchstbetrage sich auf zehn Stunden beläuft."

Die sozialdemokratischen Abgeordneten befürworteten ihren Antrag, indem sie auf das englische Beispiel hinwiesen, welches lehre, daß nach Herabsetzung der Arbeitszeit und Einführung des gesetzlichen Arbeitstages die Arbeit an Intensivität um so viel zunehme, als sie an Extensivität verliere; es werde kräftiger und ausdauernder gearbeitet, die Maschinerie werde vervollkommnet, so daß schließlich sowohl der Unternehmer einen höheren Kapitalgewinn, als auch der Arbeiter einen höheren Arbeitslohn erhalte, weil in der verkürzten Arbeitszeit mehr produzirt werde, als früher bei der längeren Arbeitszeit.

Der Abgeordnete Stumm („König Stumm") führte aus, daß er es für ein durchaus zweckmäßiges Bestreben halte, wenn man auf den zwölfstündigen Arbeitstag hinwirke; er könne aber den gesetzlichen Zwang dafür nicht anerkennen, weil ein solcher Arbeitstag in vielen Betrieben nicht durchführbar sei. Uebrigens lobte er an dem Antrage der Sozialdemokraten die Konsequenz im Gegensatze zu dem Antrage der Konservativen, welche für die landwirthschaftlichen Arbeiter den Zwang ablehnen, der doch in Fabriken zum Theil aus ähnlichen Gründen wie in der Landwirthschaft undurchführbar sei.

Auch Dr. Max Hirsch sprach von seinem manchesterlichen Standpunkte gegen den gesetzlichen Zwang, wobei er die völlig unzutreffende Meinung äußerte, die Arbeiter wollten es sich nicht nehmen lassen, bei günstiger Gelegenheit länger zu arbeiten, nachdem sie zeitweise gar keine oder wenige Beschäftigung gehabt haben und Gleiches wieder voraussetzen. Doch hoffe er, daß „aus der freien Bewegung" heraus, allenthalben, wo es die Verhältnisse irgend erlauben, ein zwölfstündiger, später ein zehnstündiger, noch später vielleicht ein achtstündiger Arbeitstag in Deutschland hervorgehe. In einem Theile des Rheinlandes sei die Bewegung für Arbeitszeitverkürzung aus der Initiative der Fabrikanten hervorgegangen.

Als Vertheidiger für den Antrag Brauchitsch trat der Abgeordnete Wagener auf. „Zur Hälfte" pflichtete er Dr. Hirsch bei, welcher dem „erwachenden Selbstgefühl der arbeitenden Klassen" vertraue; aber ohne Gesetzgebung gehe es nicht.

Der Bundeskommissär Dr. Michaelis äußerte seine Sympathie für die Abkürzung der Arbeitszeit als „Frucht der Kultur", — die man aber durch gesetzliches Verbot nicht herbeiführen könne. Es sei unmöglich, „Kultur durch das Gesetz zu erzwingen" (!?!); auch würde es zum Nachtheile der Arbeiter ausschlagen, wenn man eine Maximalarbeitszeit für alle Arbeitsgebiete feststellen wollte. Indessen machte Dr. Michaelis das Zugeständniß: es sei ja möglich, daß es sich für gewisse Klassen und innerhalb gewisser Industriezweige als zweckmäßig erweise, gewisse Beschränkungen der Arbeitszeit festzustellen; nur sei nothwendig, daß eine genaue Untersuchung der Verhältnisse vorausgehe.

Diesen Verhandlungen über den „Normalarbeitstag" (wie man damals noch allgemein Dasjenige nannte, was wir jetzt als Maximalarbeitstag bezeichnen) war wenige Tage zuvor, am 23. April 1869, eine verwandte Debatte über das Verbot der Sonntagsarbeit vorausgegangen. Auch hier hatten die Konservativen (diese in erster Reihe) und die Sozialdemokraten Anträge zur Gewerbeordnung gestellt.

Der Antrag der ersteren (Brauchitsch) lautete: „Die Arbeit in gewerblichen Anstalten ist an Sonn- und Festtagen verboten. Für Dringlichkeitsfälle sind Ausnahmen (vorbehaltlich der Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiter) nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde zulässig. Den Landesgesetzen bleibt es überlassen, für einzelne Arten von Fabriken allgemeine Ausnahmen festzustellen."

Brauchitsch befürwortete seinen Antrag aus „religiösen", gesundheitlichen und kulturellen Gründen.

Der Antrag der Sozialdemokraten (Fritzsche) forderte: „Die regelmäßige Lohnarbeit an Sonn- und Festtagen ist verboten; ausgenommen hiervon ist die Lohnarbeit bei Verkehrsanstalten, Gastwirthschaften aller Art, öffentlichen Vergnügungsanstalten und bei dem Handel mit Lebensmitteln."

Bei dieser Gelegenheit schon führte der Bundeskommissar Dr. Michaelis aus: es müsse eine eingehende Kenntniß der Fabrikationsweise in den verschiedenen Industriezweigen vorausgehen, ehe man die Sonntagsarbeit mit gesetzlichen Verboten behandele. Aber volle 16 Jahre später erst, im Jahre 1885, fand sich die Reichsregierung gemüßigt, die ersten Schritte zu thun zu einer Erhebung über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen. Die Resultate dieser Enquete sind bekanntlich im Jahre 1887 dem Reichstage vorgelegt worden.

In der Reichstags-Session 1885/1886 forderten die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrem Arbeiterschutzgesetzentwurf abermals den Maximalarbeitstag und zwar einen solchen von höchstens zehn Stunden, an Sonnabenden höchstens acht Stunden nebst Verbot der Sonntagsarbeit und der Nachtarbeit.

Alle diese Anträge fanden keine Annahme; insbesondere die Reichsregierung bekämpfte sie hartnäckig. —

Wenige Monate nach den ersten die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit betreffenden Reichstagsverhandlungen, im August 1869, kam das „Eisenacher Programm" der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Stande, in welchem als eine der „nächsten Forderungen" die „Einführung des Normalarbeitstages" enthalten ist. Dieses Programm wurde bekanntlich im Mai 1875 durch das „Gothaer" ersetzt; dasselbe fordert bekanntlich „innerhalb der heutigen Gesellschaft" einen „den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsag" nebst Verbot der Sonntagsarbeit.

Die süddeutsche Volkspartei verlangt in ihrem Programm vom Jahre 1882 ebenfalls den Normalarbeitstag und zwar einen solchen von zehn Stunden.

In der Sozialpolitik des deutschen Katholizismus wird der Normalarbeitstag von allen namhaften Schriftstellern gefordert. Auch Bischof Ketteler von Mainz ist für ihn eingetreten. Anknüpfend an die Forderungen des sogenannten „christlichen Sozialismus" (d. h. der älteren Spezies der klerikalen Agitation) hat im Jahre 1877 die Zentrumspartei des deutschen Reichstages ein sozialpolitisches Programm aufgestellt, in welchem sich ebenfalls der Normalarbeitstag befindet. Sie ist mit dieser Forderung seit 1884 in jeder Reichstagssession hervorgetreten.

Aelteren Datums ist die gleiche Erscheinung bei der sogenannten „sozialkonservativen" Partei, welche seit lange für Einführung eines Normalarbeitstages sich ausgesprochen hat. Wir erwähnten erst kürzlich (in den Artikeln „Maximalarbeitstag und Minimallohn" Nr. 50 und 51 unseres Blattes 1889), daß der konservative Nationalökonom Rodbertus die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Verbindung mit einem nach Maßgabe der Produktivität zu erhöhenden Minimallohn befürwortete.

Im Mai 1872 fand in Berlin eine Konferenz der sozialkonservativen Partei statt, die in einer angenommenen Resolution speziell für die ländlichen Tagelöhner eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit als nothwendig für deren „materielle, geistige und sittliche Hebung", sowie „im Interesse der Arbeitgeber und der nationalen Produktion überhaupt" forderte.

Auf der in demselben Jahre einige Wochen später stattgehabten Eisenacher Konferenz derselben Partei wurde die Erklärung abgegeben: „Wir gehen mit vielen Arbeitern Hand in Hand, die den Normalarbeitstag wollen und auch mit einer großen Anzahl von Gutsbesitzern, die sich bereits dafür ausgesprochen haben."

Die neuere Phase der sozialkonservativen Partei, welche als die „christlich-soziale" in Berlin für einige Jahre unter Führung Stöcker's in den Vordergrund trat, hat ebenfalls den Normalarbeitstag gefordert.

Noch sei erwähnt, daß der hervorragende konservative Sozialpolitiker Rud. Mayer (in seinem 1874 erschienenen Werke „Der Emanzipationskampf des vierten Standes in Deutschland" S. 139 flg.) die große Aufgabe des Staates als Arbeitsherrn in seinen eigenen

Betrieben im Hinblick auf einen „Normalarbeitstag“ betont. —

Wir glauben damit zur Genüge den Beweis erbracht zu haben, wie unerhört lächerlich, von krassester Unwissenheit oder tendenziöser Verleugnung der Thatsachen zeugend es ist, zu behaupten: die Forderung, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit und deren gesetzliche Regelung sei eine „sozialdemokratische Erfindung“ und die ganze Propaganda bezüglich derselben qualifizire sich als — „Umsturzbestrebung.“

(Schluß folgt.)

Parlamentarisches.

* **Die sozialistischen Abgeordneten der französischen Kammer** haben ein Arbeiterschutzgesetz beantragt, das sich, wie in der Begründung gesagt wird, den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses genau anschließt und auf folgender Grundlage beruhen soll: 1. Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages. 2. Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen von 14 bis 18 Jahren auf sechs Stunden täglich. 3. Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme derjenigen Betriebe, die ihrer Natur nach nicht unterbrochen werden können. 4. Ausschluß der Frauenarbeit in allen dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben. 5. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren. 6. Einführung einer mindestens 36 Stunden hintereinander folgenden Ruhezeit in der Woche. 7. Verbot solcher Industrieen und Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädlich sind. 8. Beseitigung des Unterverdingungssystems. 9. Verbot des Trucksystems und der Konsumvereine der Unternehmer. 10. Verbot der privaten Stellenvermittelungsbureaus. 11. Einführung einer Fabrik-Inspektion, welche auch die Hausindustrie umfaßt und deren Mitglieder mindestens zur Hälfte von den Arbeitern zu wählen sind.

Eine Thronrede über die Arbeiter.

Der preußische Landtag ist am 15. Januar mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher unter Anderem Folgendes gesagt wird:

„Das erfreuliche Bild, welches der Aufschwung des Handels und der Gewerbthätigkeit im Laufe des letzten Jahres dargeboten, sei getrübt worden durch die Arbeiterausstände, welche namentlich in den Steinkohlenbezirken in großem Umfange unter Nichtinnehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist und theilweise nicht ohne Gewaltthätigkeiten stattgefunden haben. Es habe den Kaiser und König mit Befriedigung erfüllt, daß die Arbeitgeber vielfach mit Zurückstellung eigener Interessen bestrebt gewesen sind, begründeten Beschwerden der Bergarbeiter Abhülfe zu schaffen und selbst weitgehenden Forderungen derselben entgegen zu kommen. Der Kaiser halte sich danach zu der Erwartung berechtigt, daß fernere Versuche zur Störung der Eintracht zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern an dem gesunden Sinne der Bevölkerung scheitern und daß die für die gesammte Arbeiterschaft nicht minder wie für den Bestand der Industrie gefährlichen Unterbrechungen wirthschaftlicher Thätigkeit fortan unterbleiben werden. Die Regierung, welche eine eingehende Untersuchung der von den Bergarbeitern erhobenen Beschwerden und Forderungen hat vornehmen lassen, wende dieser Frage unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu. Andererseits habe sie Vorsorge getroffen, daß jeder Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sofort mit Erfolg entgegengetreten werde. Ihrer Fürsorge für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen habe sie durch die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Reiches über die Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität Ausdruck gegeben, und sie werde auch ferner nicht ablassen, weiter hervortretende Bedürfnisse sorgfältig zu beachten und deren Befriedigung anzustreben. Jene Fürsorge in Verbindung mit der eingetretenen Steigerung der Löhne biete eine Gewähr dafür, daß das Bewußtsein einer mehr gesicherten Lage die Arbeiter in wachsendem Umfang durchdringen werde.“

Diese Auslassungen der Thronrede werden von der unabhängigen Presse, Berliner „Volks-Ztg.“, „Voss. Ztg.“ u. a., als sehr unerfreulich bezeichnet. Es ist unmöglich, aus ihnen eine richtige Auffassung des wirklichen Sachverhalts zu gewinnen; insbesondere stehen sie auch in einem starken Widerspruch mit den Aeußerungen, welche der Kaiser zu den Abordnungen der Bergarbeiter und der Bergwerksbesitzer gethan hat. Während in diesen Aeußerungen den Einen wie den Anderen in's Gewissen geredet wurde, läßt die Thronrede auf die Grubenverwaltungen alles Licht, auf die Arbeiter allen Schatten fallen. Wenn die „Nichtinnehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist“ und die im Verhältniß zu dem Umfange der Bewegung immerhin geringfügigen Gewaltthätigkeiten so scharf hervorgehoben werden, dann hätte man billigerweise auch ein Wort der Kritik über die Versündigungen erwarten sollen, durch welche seitens der Bergwerksbesitzer die Streiks in erster Reihe hervorgerufen worden sind. Statt dessen versichert die Thronrede, daß die „Arbeitgeber, vielfach mit Zurückstellung eigener Interessen, bestrebt gewesen sind, begründeten Beschwerden der Bergarbeiter Abhülfe zu schaffen und selbst weitgehenden Forderungen derselben entgegen zu kommen.“ Es wird von hohem Interesse sein, das Staatsministerium das thatsächliche Material, auf welchem seine Auffassung fußt, dem Landtage vorlegen zu sehen.

Die „Volks-Ztg.“ meint übrigens: „Nichts kann erwünschter kommen, als wenn die Regierung immer so deutlich und offen spricht, wie in den hier erörterten Sätzen. Für jeden denkenden Arbeiter ist darin genug gesagt; er hat damit ein Wahlprogramm in der Hand, welches die oppositionellen Parteien zur Noth auf alle eigenen Wahlaufrufe verzichten lassen könnte. Kein denkender Arbeiter, der die betreffenden Abschnitte der Landtags-Thronrede liest und zugleich erwägt, daß die Ansichten der preußischen Regierung auch den Bundesrath beherrschen, kann und wird seine Stimme einem regierungsfreundlichen Kandidaten geben.“

Unfallversicherung.

* Dem Bundesrathe ist seitens des Stellvertreters des Reichskanzlers ein Antrag des Zentralvorstandes des Deutschen Malerbundes zur Beschlußfassung vorgelegt, worin der letztere um die Errichtung einer eigenen (Unfallversicherungs-) Berufsgenossenschaft für das deutsche Maler-, Anstreicher-, Baulackirer- und Tüchergewerbe ersucht. Da dieser Antrag eine Abänderung im Bestande der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, welchen die Baumaler usw. angehören, einschließt, so war er zunächst den Genossenschaftsversammlungen der bezeichneten Berufsgenossenschaften zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Von den 12 Baugewerks-Berufsgenossenschaften hat sich jedoch nur eine für das Ausscheiden der Baumaler erklärt. Auch das Reichsversicherungsamt hat sich gegen den Antrag ausgesprochen.

* Wegen Ergänzung des **Bauunfallversicherungsgesetzes** vom 11. Juli 1887 hat der Provinziallandtag einstimmig beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem § 4 Nr. 3 des Gesetzes den Zusatz zu geben: Mehrere gleichartige Kommunalverbände können sich untereinander oder mit einem sie umfassenden weiteren Kommunalverbande durch übereinstimmende Beschlüsse zu gemeinsamer Versicherung, sei es ihrer sämmtlichen Bauarbeiter, sei es der Bauarbeiter einer gewissen Art — die Erklärung der Leistungsfähigkeit des Verbandes für die zu übernehmenden Lasten durch die Landeszentralbehörde vorausgesetzt — vereinigen. In dem Schreiben an den Königlichen Oberpräsidenten wird derselbe ersucht, diesen Beschluß der Reichsregierung zu unterbreiten und bei derselben zu befürworten.

Wirthschaftlich-soziale Rundschau.

* **Der Grund- und Boden- und Wohnungswucher in Berlin** hat in dem Zeitraum von 25 Jahren eine kolossale Steigerung der Miethserträge bewirkt. Im Jahre 1864/65 betrug die Gesammtzahl der Wohnungen und Gelasse 138 356, im Jahre 1888/89 betrug sie 361 834, also 223 478 mehr. Der Miethswerth derselben wurde im Jahre 1864/65 auf M. 57 348 063 angegeben, während er 1888/89 auf M. 235 137 465 sich bezifferte. Der Miethswerth stieg also um mehr als das Vierfache gegenüber einer Steigerung der Gesammtzahl der Wohnungen und Gelasse um etwas über das Zweiundeinhalbfache. — Im verflossenen Jahre erfuhren die kleinen Wohnungen bis zum Preise von M. 300—500 eine Steigerung von im Durchschnitt 20 pZt, also bis zu M. 360—600. Es sind das die Wohnungen, auf welche der Arbeiter, wenn er einigermaßen anständig wohnen und den nöthigsten Raum für seine Familie haben will, angewiesen ist. — Der beste Beweis für die günstigen Verhältnisse, unter denen die Grund- und Boden-Spekulation in Berlin sich vollzieht, ist, daß im verflossenen Jahre von 21 622 bebauten Grundstücken nur 56 zum Zwangsverkauf kamen.

* **„Mit kirchlicher und kaiserlicher Genehmigung“** hat sich in Wien eine neue „religiös-soziale“ Genossenschaft gebildet. Dieselbe, von der Geistlichkeit in's Leben gerufen und geleitet, trägt den hübschen Namen „Versammlung der frommen Arbeiter“. (Congregatio piorum operatiorum). Der Zweck dieser neuen Genossenschaft soll sein, „für den ganzen Handwerker- und Arbeiterstand“ zu wirken, insbesondere die „Fürsorge für Lehrlinge, Gesellen und Handwerksmeister.“ Und worin soll die „Fürsorge“ bestehen? In „religiösem und praktischem Unterricht in den Gewerbeschulen verschiedenster Art, Abhaltung von Gottesdienst und religiösen Uebungen am frühesten Morgen und in später Abendstunde usw.“ — Wie wohl wird den Arbeitern diese letztere Art von „Fürsorge“ am frühesten Morgen und am späten Abend thun. Um vier Uhr aus dem Bette zur „religiösen Uebung“ und dann an die Arbeit, und Abends um neun Uhr wieder zur religiösen Uebung und dann wieder in's Bette, und so immerfort von Tag zu Tag im ewigen Tretmühlengang. Nicht wahr, das ist doch eine hübsche Arbeiter-„Fürsorge“? —

Die Arbeiter und die Neuwahlen zum Reichstage.

Die am 20. Februar vorzunehmenden Neuwahlen zum Reichstage sind von außerordentlicher Wichtigkeit. Von ihrem Ausfall ist der Entscheid der Frage abhängig: ob die im sogenannten „Kartell“ verbündeten reaktionären Parteien auch weiterhin noch durch den Willen der Majorität der Wähler berufen sein sollen, die Reichsgesetzgebung zu beherrschen zum Nachtheile des ganzen Volkes, insbesondere der arbeitenden Klassen. Vor Allem an die zu diesen Klassen gehörenden Wähler, an die Arbeiter aller Berufe in den Städten wie auf dem Lande, tritt die heilige Pflicht, sich über die seitherigen gesetzgeberischen Leistungen der herrschenden Parteien klar zu werden, um danach ihre Stellung bei den Neuwahlen bemessen zu können.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen,“ die auf ihre Sonderinteressen eingeschworenen reaktionären „Volksvertreter“. Was haben sie mit ihrer parlamentarischen Thätigkeit auf wirthschaftlichem und sozial-politischem Gebiete dem Volke genützt? Sie haben ihm damit nicht nur nichts genützt, sondern seine berechtigten Interessen schwer geschädigt.

Das ist in erster Linie zu sagen von ihrem „Ausbau“ des Systems der Zölle und der indirekten Steuern. Als „Herren der Situation“ haben die Männer des Kartells, theilweise mit Unterstützung des Zentrums, durch den „Ausbau“ dieses Systems durch beständiges Anziehen der Zoll- und Steuerschraube dem Volke die nöthigsten Konsumartikel, insbesondere Brot und Fleisch, außerordentlich vertheuert. Das ist gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen. In Folge der Zölle und indirekten Steuern muß der Arbeiter für seinen und seiner Familie Unterhalt jetzt jährlich im Durchschnitt etwa 55 Mark mehr bezahlen. Von einer entsprechenden Lohnerhöhung ist nicht die Rede. —

Zwar hat die Kartellbrüderschaft sich beständig mit „Arbeiterfreundlichkeit“ gebrüstet. Konservative und Nationalliberale rühmen sich gleichermaßen, daß sie die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter zu Stande gebracht und damit eine „großartige Sozialreform“ in's Werk gesetzt haben. Unsere Leser kennen ja den Standpunkt, den wir zu diesen Versicherungsgesetzen einnehmen und den alle aufgeklärten und denkenden Arbeiter theilen. Soweit die Erwägungen und Prinzipien, auf welchen diese Gesetze beruhen, gute und gesunde sind, kommen sie nicht auf Rechnung der herrschenden Parteien, denn die Arbeiterpartei hat sie lange zuvor vertreten, ehe die „gouvernementale Sozialreform“ begann. Wohl aber sind die herrschenden Parteien voll und ganz verantwortlich für die vielen und großen Mängel und Fehler, welche jene sogenannten „Arbeiterschutzgesetze“ zum Nachtheil der Arbeiter enthalten. Und verantwortlich sind sie auch dafür, daß nach ihrem Beispiel von ihren geistesverwandten „Volksfreunden“ fortgesetzt der Versuch gemacht wird, die öffentliche Meinung über den Werth und den Charakter der Arbeiterversicherungsgesetze zu täuschen, indem man erklärt: dieselben bewirken eine „erschöpfende Sozialreform.“ Ist man doch soweit gegangen, die Invaliditäts- und Altersversicherung als die „Krönung des Gebäudes der sozialen Reform“ zu bezeichnen! Wie durchaus unzutreffend diese Behauptung ist, hat die Masse der Arbeiter längst erkannt; sie versteht unter wirklicher Sozialreform etwas Anderes, als was die Versicherungsgesetze zu bieten vermögen; sie kann dieselben selbst dann, wenn sie gründlich verbessert werden, nur als geringfügige Abschlagszahlungen betrachten, zu denen die herrschenden Parteien sich lediglich aus Furcht vor der Arbeiterbewegung verstanden haben. Diese Thatsache hat kein Geringerer, als Fürst Bismarck selbst unumwunden konstatirt, als er in der Reichstagsitzung vom 26. November 1884 sagte: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existiren, und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in Bezug auf Diejenigen, die sonst kein Herz für ihre armen Mitbürger haben, ein ganz nützliches Element.“

Für solch eine „Sozialreform aus Furcht“ den herrschenden Parteien dankbar zu sein, dazu haben die arbeitenden Klassen wahrlich keine Ursache. Was sie von der Gesetzgebung verlangen können und müssen, das ist in erster Linie: möglichste Einschränkung der Ausbeutung der Arbeitskraft und zu diesem Zwecke den gesetzlichen Maximalarbeitstag; möglichste Erhöhung des Arbeitseinkommens und möglichste Sicherung der wirthschaftlichen Existenz auf Grund einer umfassenden nationalen und internationalen Arbeitsgesetzgebung; unbedingte Sicherstellung des vollen und ganzen Koalitionsrechtes, sowie des Wahlrechtes gegen willkürliche behördliche Eingriffe und gegen die Unterdrückungsversuche des Unternehmerthums; sichere Garantieen dafür, daß die Gleichberechtigung der arbeitenden Klassen mehr sei, als eine schöne Theorie, daß sie in der Praxis des wirthschaftlich-sozialen und des politischen Lebens uneingeschränkte Anerkennung und Bethätigung erfahre.

Diese Forderungen sind jedenfalls die bescheidensten, die, sich völlig deckend mit der bestehenden Rechts- und Wirthschaftsordnung, von den Arbeitern gestellt werden können. Aber die herrschenden Parteien haben, so lange es ging, diese Forderungen hochmüthig ignorirt, und sie von dem Augenblicke an, wo die Arbeiterpartei eine Macht wurde, mit der man rechnen muß, in der entschiedensten Weise bekämpft. Da haben die Konservativen und die Nationalliberalen, welche glauben machen wollen, daß sie die „Arbeiterfreundlichkeit“ und die „soziale Reform“ in General- und Erbpacht genommen, bewiesen, wie sehr es ihnen lediglich darauf ankommt, eine Politik der Täuschung und Beschwichtigung zu treiben. Als geschworene Gegner jeder durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung haben sie im Parlamente und außerhalb desselben sich bethätigt. Als geschworene Gegner des Koalitionsrechtes der Arbeiter haben sie der ungeheuerlichsten Beschränkung, ja der völligen Vernichtung desselben das Wort geredet. Was ist aus all den zahlreichen Petitionen geworden, die aus Arbeiterkreisen, betreffend die Unterdrückung des Koalitionsrechts und seine gesetzliche Sicherstellung, an den Reichstag gelangten?

Die Kartellmehrheit hat sie nach Möglichkeit unberücksichtigt gelassen und ihre Berathung im Plenum des Hauses verhindert. Ganz ist ihnen das, Dank dem Eingreifen der sozialdemokratischen Abgeordneten, zwar nicht gelungen; sie waren gezwungen, Stellung zu der Frage des Koalitionsrechts zu nehmen. Die Art und Weise aber, wie sie das thaten, ließ deutlich genug erkennen, daß sie bei „passender Gelegenheit“ gar kein Bedenken tragen werden, diese Frage in ihrem Sinne zu „lösen“; d. h. das Koalitionsrecht aufzuheben oder doch der Aufhebung gleichkommende Beschränkungen einzuführen. Lediglich die Rücksicht auf die bevorstehenden Neuwahlen hat sie veranlaßt, das nicht bereits in der letzten Session des Reichstages zu thun; sie hoffen ja immer noch darauf, daß ein großer Theil der Arbeiter ihnen Wahlgefolgschaft leisten werde, und deshalb haben sie ein Vorgehen unterlassen, das in allen Arbeiterkreisen unbedingt eine hochgradige Erbitterung bewirkt haben würde. Aber aufgescho-

ben ist ja nicht aufgehoben; erhalten die Kartellparteien bei den Neuwahlen abermals die Mehrheit, — was ja nur mit Hülfe indifferenter und unaufgeklärter Arbeiter möglich ist — so werden sie ihre sogenannte „Reform" des Koalitionsrechts sicherlich durchführen. Und noch manch andere große Gefahr droht in diesem Falle dem arbeitenden Volk. Dieselben reaktionären Parteien, die das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, dessen Handhabung ja auch die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter so sehr schwer trifft, geschaffen und so und so oft verlängert haben, — diese selben Parteien sind jeden Augenblick bereit, mit oder ohne ein solches Gesetz der Arbeiterbewegung die möglichsten Schwierigkeiten zu bereiten, das freie Wort in Rede und Schrift zu fesseln und die Vereins- und Versammlungsfreiheit für die Arbeiter illusorisch zu machen.

Auch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist nicht sicher vor den Umsturzbestrebungen der Kartellbrüder. Schon haben sie bewirkt, daß für die fortan zu wählenden Reichstage die fünfjährige Legislaturperiode an die Stelle der seither bestandenen dreijährigen tritt. Kommen sie abermals zu einer Parlaments-Majorität, so werden sie ohne Zweifel auch das Wahlrecht antasten, es beseitigen oder wenigstens verstümmeln. Sie fürchten dieses Recht, weil es für die Arbeiter ein so vorzügliches Mittel ist, sich Geltung in der Gesetzgebung zu verschaffen. Ein nationalliberaler Abgeordneter, der Geheimrath Jacobi, hat den nicht beneidenswerthen Muth gehabt, öffentlich zu erklären, das allgemeine Wahlrecht sei „eine Quelle grenzenloser „Ueberhebung, Anmaßung und Macht- und Genußbegierigkeit der niedrigsten Schichten geworden." Und ein konservativer Abgeordneter, Herr von Rheinbaben, erkühnte sich, im Reichstage zu erklären: es sei ganz recht und billig, wenn die Unternehmer „ihre" Arbeiter zwängen, nur für solche Kandidaten zu stimmen, die den Unternehmern gefallen! —

Fort mit den Kartell- und Hurrahbrüdern, das muß die Parole der Arbeiter Deutschlands für die Neuwahlen am 20. Februar sein! Es gilt, möglichst viele Vertreter der Arbeitersache in den Reichstag zu bringen, damit die Geschicke des Volkes eine Wendung zum Besseren nehmen. Des Volkes Freiheit und Wohlfahrt steht auf dem Spiele.

Arbeiter, durch Abgabe der Stimmzettel für die Kandidaten der Arbeiterpartei mögt Ihr am 20. Februar dokumentiren, daß Ihr einig seid in dem Bewußtsein Eures guten Rechtes und Eurer Würde, sowie in dem ehrlichen Bestreben, die Herbeiführung besserer Zustände durch wirkliche und gründliche Sozialreformen mit Hülfe der Gesetzgebung zu bewirken!

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* **Aus Metz** wird berichtet, daß dortige Baugewerks-Unternehmer die Bildung einer Innung beabsichtigen. Hoffentlich werden auch die Arbeiter der Baugewerke dort und in anderen Städten der Reichslande, so insbesondere auch in Straßburg, bald anfangen, sich gewerkschaftlich zu organisiren. Nur zu lange schon sind sie hinter den Kollegen im übrigen Deutschland zurückgeblieben. — Infolge der vor zwei Jahren vollzogenen Einführung der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen steht den dortigen Arbeitern dasselbe Koalitionsrecht zu, wie allen übrigen Arbeitern im deutschen Reiche. Mögen sie es nützen, umsomehr, als die Unternehmer bereits angefangen haben, sich entsprechend den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu organisiren!

* **Mit einer sonderbaren „Entdeckung"** bedienen kapitalistische Blätter ihre Leser, nämlich mit der, daß „die Gewerkschaftsbewegung eine andere Taktik angenommen hat." Die betreffende Notiz lautet: „Während bisher die generellen, sowie die partiellen Streiks selten von langer Hand vorbereitet gewesen waren und die Arbeiter die Arbeitgeber mit denselben zu überrumpeln gedachten, soll dies in Zukunft hinsichtlich der größeren Streiks nicht mehr geschehen. So haben z. B. die Bauhandwerker in mehreren größeren Städten (Wien, Frankfurt a. M.) schon vor einiger Zeit ihre im nächsten Frühjahr zu stellenden Forderungen aufgestellt. Die Frankfurter Maurer-Lohnkommission hat hiervon durch Zirkular nicht nur den Gesellen, sondern auch den Bauunternehmern bereits Mittheilung gemacht. Die Unternehmer sollen dadurch in die Lage gesetzt werden, ihren Geschäftsabschlüssen die Lohnsätze der bevorstehenden Saison zu Grunde legen zu können." — Diese angeblich neue Taktik ist bekanntlich von den Bauhandwerkern schon seit vielen Jahren geübt worden; sie „neu" zu nennen, dazu gehört eine große Unkenntniß auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung.

* **Schornsteineinsturz.** Aus Düsseldorf wird geschrieben: „Am Dienstag Nachmittag stürzte an einem Ringofen in Düsseldorf eine beinahe fertig gestellte 130 Fuß hohe Kaminsäule ein und zertrümmerte theilweise das nebenliegende Ringofengebäude. Vor der Fertigstellung der Kaminsäule zeigte das Postament schon Risse, weil dasselbe den Druck der Kaminsäule nicht aushalten konnte und infolgedessen bandagirt werden mußte. Wenn die Kaminsäule nach einer anderen Richtung gefallen wäre, so würden viele Arbeiter, welche noch am Ofenbau beschäftigt waren, ihr Leben eingebüßt haben. Bei derartigen Bauten ist von Billigkeit entschieden abzusehen und nur stets darauf Bedacht zu nehmen, das beste Material, sowie die solideste Ausführung zu wählen, zumal durch den Einsturz einer Kaminsäule ein ganz unberechenbarer Schaden entstehen kann. Laut der „Deutschen Bauzeitung" Nr. 51 vom 25. Juni 1884 stürzte am 28. Dezember 1882 auf dem Gaswerk in Edinburg eine hohe Kaminsäule ein, welche 54 Personen tödtete und außerdem großen materiellen Schaden verursachte." — Hierzu wird weiter geschrieben: „Nach vielen anderen Vorkommnissen ist nicht dringend genug zu rathen, bei der Gefahr für Leben und Gut die Schornsteinausführungen nur unter Kontrole von Sachverständigen erfolgen zu lassen, wobei die Qualität des Materials ebenso wichtig, wie die durch bauwissenschaftliche Grundsätze geforderten Wandstärken und sonstigen Abmessungen sind." — Das ist Alles recht schön und gut. Der „Sachverstand" allein thuts nicht, es muß auch die Gewissenhaftigkeit in der Wahl des Materials und in der Ausführung dazu kommen. Aber gerade daran fehlt es in den meisten Fällen. Man will sparen am Material und am Lohn und pfuscht so einfach bewußtermaßen darauf los.

Die Lohnkommission der Zimmerleute Nürnbergs hat in der am 6. Januar stattgefundenen Sitzung beschlossen, daß die Zimmerleute im heurigen Baujahr eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung fordern, mit folgender Motivirung: 1. Alle Ausgaben des Zimmermanns haben durch Steigerung der Wohnungs- und Lebensmittelpreise um wenigstens 15 Prozent zugenommen; 2. durch die in Nürnberg herrschende Sitte, daß ein Zimmermann das Werkzeug selbst haben muß, wird deshalb im Durchschnitt um 10 Prozent sein Verdienst geschmälert; 3. den Lohnverhältnissen anderer Bauhandwerker gegenüber ist der Zimmermann immer noch der niedrigst bezahlte, wenngleich seine Leistungen mindestens dieselben sind, wie die der anderen. Infolge dieser wichtigen Gründe stellt die Kommission der Zimmerleute an ihre Arbeitgeber das Ersuchen, diese Forderung in Erwägung zu ziehen und der Kommission Mittheilung zukommen zu lassen. Sollte in 14 Tagen keine Antwort erfolgen, so nehmen wir an, daß unsere Forderung verworfen ist und werden demgemäß handeln.

Gegen Einigungsämter und Schiedsgerichte

hat sich das Kapitalistenblatt, die „Kölnische Zeitung", in einem langen Artikel gewendet. Der kurze Sinn desselben ist, daß der Unternehmer durch derartige Institutionen an seiner „Autorität" einbüßen werde. Es wird kühnlich der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es einer Vertretung der Arbeiter garnicht bedürfe, weil ja „bei dem unmittelbaren Verkehr der Unternehmer und ihrer Organe mit den Arbeitern die Wünsche der Arbeiter genügend zum Ausdruck kommen." (!!) „Wird" — so heißt es dann weiter — „sich nicht die Wahl der Arbeiter voraussichtlich auf die redegewandten, unruhigen, sozialistisch gesinnten Personen lenken?"

Ja freilich, freilich, — da liegt der Hase im Pfeffer! Man fürchtet die Thätigkeit und den Einfluß solcher Arbeiter, die ein auf gründliche Einsicht in die Verhältnisse beruhendes selbstständiges Urtheil haben, vor der Unternehmer-Autorität nicht zu Kreuze kriechen und ihre Gleichberechtigung respektirt wissen wollen. Auch die sogenannten „Gesellen-Ausschüsse" der Innungen sind ja bekanntlich in den Augen der Zünftler nur dann etwas werth, wenn sie aus Arbeitern bestehen, die zu allen Beschlüssen der Innung demüthig „Ja" sagen.

„Eine Arbeitervertretung" — so fährt der Artikel fort — „wird sich nicht begnügen mit dem allgemeinen Hinweis etwa auf die Lohnverhältnisse in anderen Bezirken und Gewerben, auf den Ertrag des eigenen Gewerbes usw., sie wird es als ihr Recht beanspruchen, die Verhältnisse der Arbeitgeber bis in das Einzelne hinein zu prüfen. Dieses bedeutet aber etwas völlig Neues, in den letzten Zielen die Einführung einer konstitutionellen Verfassung in die Fabriken und Gewerbe. Deshalb muß ein solcher Anspruch zurückgewiesen werden." —

Das ist eine recht dankenswerthe Offenheit. Allerdings würde eine wirkliche Arbeitervertretung Alles in Allem auf die Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Unternehmer bedacht sein, und dabei selbstverständlich die Verhältnisse der Unternehmer einer möglichst gründlichen Prüfung unterziehen. Das wäre freilich „etwas völlig Neues", aber sicherlich nichts Unerhörtes. Prüfen doch auch die Unternehmer die Verhältnisse der Arbeiter, indem sie häufig eine förmliche Vormundschaft über dieselben sich anmaßen. Man versteht es ganz prächtig, den Arbeitern vorzurechnen, „wie viel sie sparen können", wenn sie, statt Fleisch zu essen, sich mit Kartoffeln und Hülsenfrüchten begnügen, nicht in's Wirthshaus gehen ꝛc. Weshalb also sollte es den Arbeitern nicht zustehen, zwecks Begründung ihrer Forderungen die Verhältnisse der Unternehmer zu prüfen? Es kann sich doch dabei speziell nur um die Feststellung der Rentabilität des Geschäfts handeln.

Die „Kölnische Zeitung" fürchtet die Einführung einer konstitutionellen Verfassung in die Fabriken und Gewerbe." Damit wird zugegeben, daß jetzt das absolute Unternehmer-Regiment besteht und daß der sogenannte „freie Arbeitsvertrag" eine ohne die Mitwirkung der Arbeiter zu Stande gekommene, einseitig vom Unternehmer oktroyirte Verfassung bedeutet. Diesen Zustand, welcher unvereinbarlich ist mit dem modernen Arbeitsrecht, das Arbeiter und Unternehmer als einen freien Vertrag schließende, bezw. die Arbeitsbedingungen frei vereinbarende, gleichberechtigte Theile erklärt, will das Kapitalistenblatt aufrecht erhalten wissen. Es empfiehlt, statt Einigungsämter und Schiedsgerichte geradezu, die Gleichberechtigung der Arbeiter völlig zu ignoriren und die Unternehmer-Autorität zu stärken.

Das soll erreicht werden durch möglichst strenge Ueberwachung und gründliche Ausspionirung der Arbeiter. Aufseher, Meister, Werkführer usw. sollen, im fortwährenden engen Verkehr mit den Arbeitern stehend, den Unternehmer „über alle Angelegenheiten der Arbeiter beständig unterrichten." Beschwerden der Arbeiter sollen auf demselben Wege verfolgt werden, der in der Armee vorgeschrieben ist, im Instanzenzuge. (!!!) Dabei werde der Arbeiter sein Recht noch leichter finden, wie der Soldat. (!!! Ausrufungszeichen ohne Ende!) Das System der Geld- und sonstigen Strafen soll „ausgebildet" und keine „falsche Schonung" geübt werden.

Aber auch die **Polizei** soll helfen. „Die Unternehmer," so heißt es wörtlich, „sollten Fühlung untereinander und mit den Polizeibehörden halten, um diejenigen Elemente von der Beschäftigung auszuschließen, welche gewissermaßen berufsmäßig die Irrlehren der Sozialdemokratie verbreiten und die Unzufriedenheit unter den Arbeitern nähren. Man nehme grundsätzlich nur solche Arbeiter an, die einen genügenden Ausweis über ihr früheres Arbeitsverhältniß besitzen, und entlasse rücksichtslos Diejenigen, welche die Unruhe zu verbreiten pflegen." —

Also die organisirte Verrufserklärung mißliebiger Arbeiter mit Hülfe der Polizei. Und solch eine Maßregel wagt ein Blatt vorzuschlagen, das beständig jammert über die „Störung des sozialen Friedens" durch die — Sozialdemokraten!

Schließlich werden noch folgende Vorschläge gemacht: „Arbeitervereine, welche sich angelegen sein lassen, ihre Mitglieder in der Noth zu unterstützen, in Fragen des gemeinschaftlichen Wohls zu belehren, oder welche die Geselligkeit pflegen und dabei Sicherheit dafür gewähren, daß nicht andere, feindliche Zwecke nebenher oder in der Hauptsache verfolgt werden, verdienen die rege Theilnahme der Arbeitgeber.

„Der Arbeitgeber lasse die Stimmen der sogenannten (!!!) Arbeiterpresse und der Zeitungen, die von den Arbeitern gelesen werden, nicht unbeachtet, ergänze oder berichtige mit seiner Sachkenntniß die Ausführungen derselben und lasse keine geeignete Gelegenheit unbenutzt, um die Arbeiter über ihre Pflichten zu belehren." —

Bekanntlich finden in den Augen des Unternehmerthums nicht einmal die selbstständigen Kranken- und sonstigen Unterstützungsvereine der Arbeiter Gnade. Wie müssen da erst diejenigen Arbeitervereine beschaffen sein, welche nach der „Köln. Ztg." auf die „rege Theilnahme" der Unternehmer rechnen dürfen?

Was die „Belehrung" der Arbeiter über „ihre Pflichten" seitens der Unternehmer anbetrifft, so dürften alle Arbeiter, welche sich der Erkenntniß ihrer Rechte zugewendet haben, darin nur eine bemitleidenswerthe Anmaßung erblicken. Wenn die diesbezüglichen „Belehrungen" der Unternehmer die davon erhoffte Wirkung auf die Arbeiter haben könnten, so gebe es heute sicherlich keine Arbeiterbewegung und keine Streiks, die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" ließe nichts zu wünschen übrig! Denn die Lehre, daß die Arbeiter die Pflicht haben, sich widerspruchslos der Autorität der Unternehmer zu fügen, ist den Arbeitern bekanntlich stets gepredigt worden. Aber wie seither, so wird sie auch fernerhin nicht bewirken, daß die Arbeiter auf ein selbstständiges Wirken für ihre Interessen verzichten.

Die Vorschläge der „Köln. Ztg." sind herzlich dumm. Das konstatirt selbst das Organ der Eisen-Industriellen, die gewiß nicht arbeiterfreundliche „Eisen-Zeitung". Sie weist darauf hin, daß in der Praxis mit den Vorschlägen der „Köln. Ztg." gar nichts anzufangen sei; da handle sich's Alles in Allem um die Machtfrage. „Die beste Diplomatie ist unnütz, wenn die Machtfrage gestellt wird. Da nützt ein gutes Bündniß mit der entsprechenden Macht mehr, wie die schönsten Vorschläge, und deshalb sollte die Industrie und Gesetzgebung bei ihrem Wettlauf um die Gunst der Arbeiter nicht vergessen, daß das letzte Ende immer die Machtfrage sein wird." —

Wir brauchen dem nur noch hinzuzufügen, daß sich für die Arbeiter die Machtfrage völlig deckt mit der Rechtsfrage. Ihr Recht ist ihre Macht; ihre Macht stützt sich auf ihr Recht.

Bericht über die Lage und Organisation der Maurer in der Provinz Sachsen, Herzogthum Braunschweig und der Lausitz.

Von der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands beauftragt, in den obengenannten Distrikten Agitation zu betreiben, habe ich bei Ausführung dieses Auftrages Erfahrungen gemacht, die ich zu Nutz und Frommen der deutschen Maurer hiermit publizire.

Durch von einigen Personen in früheren Jahren gemachte Fehler war die Organisation der Maurer in Dessau vollständig ruinirt worden. Einige tüchtige Kollegen gaben sich alle erdenkliche Mühe, um den schlafen gegangenen Verein wieder neu zu beleben, doch hatte ihr Bemühen vorerst nicht den gewünschten Erfolg, indem die von mir in Dessau abgehaltene Versammlung schwach besucht war; die Anwesenden wurden aber so vollständig von der Nothwendigkeit einer Organisation überzeugt, daß sie in und um Dessau eine sehr lebhafte Agitation entfalteten. Innerhalb einer ganz kurzen Zeit ließen sich zahlreiche Kollegen als Mitglieder in den Verein einzeichnen; auch die Abonnentenzahl auf unser Fachorgan, den „Grundstein", vermehrte sich bedeutend. Die zweite Versammlung, in welcher ich auf meiner Rückreise auf Wunsch der Kollegen referirte, war überaus zahlreich besucht und wurden wiederum Mitglieder für den Verein, sowie Abonnenten auf den „Grundstein" gewonnen. Die Maurer Dessaus sind wieder kräftig in die Bewegung eingetreten und werden dieselben hoffentlich in Zukunft treu und unermüdlich mit der Gesammtheit der deutschen Maurer für die gemeinsamen Interessen eintreten.

Unter den Kollegen in Aschersleben ist das Verlangen nach einer besseren Organisation allgemein. Die stattgefundene Versammlung war nur schwach besucht; es fehlt hier leider an einer tüchtigen Kraft, welche im Stande ist, die Organisation dahin zu bringen, daß den Kollegen aus derselben auch positive Vortheile erwachsen. Eine rege Agitation ist hier nothwendig, damit unter den Kollegen das Vertrauen zu der Organisation erwache und sie Kraft zur weiteren Thätigkeit gewinnen.

In Quedlinburg war die Versammlung nur schwach besucht. Es wurde lebhaft darüber Klage geführt, daß die Quedlinburger Maurer zu viel Furcht vor ihren Meistern hätten und infolgedessen nicht energisch genug für die Organisation eintreten. Zum Frühjahr wurde eine lebhafte Agitation gewünscht.

Erhebliche Fortschritte in der Organisation haben die

wurde es dort um die Sache noch weit besser stehen, wenn es den Kollegen gelänge, die sogen. „Landmaurer" zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen. In der stattgefundenen Versammlung waren dieselben nicht erschienen. Die Versammlung beschloß, treu und fest zur Organisation und den Kongreßbeschlüssen zu stehen.

In Wernigerode hatten die Kollegen eine Versammlung einberufen, die des schlechten Wetters halber aber nur schwach besucht war. Durch die bestehende junge Organisation, welche alle am Orte anwesende Kollegen in sich schließt, ist es gelungen, eine Aufbesserung des Lohnes und die Regelung der Arbeitszeit zu erzielen. Es steht zu hoffen, daß von hier aus, unter Führung treuer und entschlossener Kollegen, die Bewegung im Harz weitere Fortschritte macht.

Eine gut besuchte Versammlung fand in Osterode statt und wurde in derselben beschlossen, einen Fachverein zu gründen. Es wird aber tüchtig nachgeholfen werden müssen, da es vorerst noch an einer geeigneten Kraft fehlt, die Bewegung in Schwung zu bringen.

Ueber die in Braunschweig stattgefundene Versammlung verweise ich auf die bereits im „Grundstein" gebrachten Erörterungen.

Gut war die Versammlung in Helmstädt besucht, und hat hier die Organisation bedeutende Fortschritte gemacht. Alle Kollegen sind von einem guten Geiste beseelt und gehören sämmtlich dem Verein an; sie sind fest entschlossen, die gemeinsamen Interessen der Maurer Deutschlands durch die Erfüllung der ihnen vom Kongreß auferlegten Verpflichtungen zu fördern, was auch durch Versammlungsbeschluß zum Ausdruck gebracht wurde. Eine Anzahl Kollegen meldeten sich zum Abonnement auf den „Grundstein", in der richtigen Erkenntniß, daß sie nur durch fortwährende Belehrung über alle einschlägigen Fragen in den Stand gesetzt sind, mit Energie für Recht und Wahrheit einzutreten.

Auch in Schöppenstedt fand eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher von den Kollegen beschlossen wurde, einen Fachverein zu gründen; auch meldeten sich eine Anzahl neuer Abonnenten des „Grundstein". Die Versammelten zeigten durch gespannte Aufmerksamkeit während der Verhandlung, daß auch sie ein großes Interesse an der Bewegung der Maurer Deutschlands nehmen. Auch hier sind es die „Landmaurer", welche den Bestrebungen der in der Stadt wohnenden Kollegen gleichgültig, wenn nicht sogar feindlich gegenüberstehen und wird es noch viel Mühe und Arbeit kosten, um diese aus ihrer Lethargie aufzurütteln und zur Organisation heranzuziehen.

In Oschersleben fand ebenfalls eine Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, einen Verein zu gründen, sowie auf das Fachorgan, den „Grundstein", zu abonniren. Hoffentlich treten alle Kollegen in Oschersleben und Umgegend dem Verein bei, zu ihrem eigenen und zum Vortheil der Gesammtheit. Der „Grundstein" wird ihnen Belehrung und Rath in allen sie interessirenden Fragen ertheilen, mögen sie nur die nöthige Ausdauer haben und der Parole huldigen: „Durch Kampf zum Sieg."

Eine schwach besuchte Versammlung fand in Neuhaldensleben statt. Es war die höchste Zeit, daß einmal neues Leben in die Bewegung dort gebracht wurde. Der hier schon seit längerer Zeit bestehende Verein hat durch die Unredlichkeit seines früheren Kassirers einen schweren Schlag erlitten; derselbe ist mit einer Summe Vereinsgelder heimlich abgereist. Sein jetziger Aufenthaltsort soll Halle a. S. sein. Durch diese Handlungsweise ist das Vertrauen der Kollegen zu dem Verein schwer erschüttert und bedarf es großer Anstrengungen der aufgeklärteren Kollegen, dasselbe wieder herzustellen. Hoffentlich gelingt es ihnen!

Einer polizeilichen Auflösung verfiel die Versammlung in Magdeburg. Nachdem ich meinen Vortrag beendet und noch zwei Redner nach mir gesprochen hatten, erhielt der wohl vielen Kollegen bekannte Krüger, früher in Dessau, das Wort, welcher durch seine Aeußerungen die Auflösung herbeiführte. Der Besuch der Versammlung war übrigens ein sehr schwacher, was, wie man mir sagte, dem Umstande zuzuschreiben sei, daß an dem Tage Umzugstermin war. Meiner Ansicht nach hätte trotzdem die Versammlung besser besucht sein müssen.

Ebenfalls der polizeilichen Auflösung verfiel eine sehr gut besuchte Versammlung in Coswig. Nachdem ich über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Das Koalitionsrecht" referirt hatte, machte der Kollege Heinrich an einigen Beispielen das Verhalten einzelner Behörden streikenden Kollegen gegenüber klar und erfolgte hierauf die Auflösung. Diese Versammlung hat jedoch ihren Zweck nicht verfehlt. Der Geist unter den Kollegen ist ein ausgezeichneter und werden dieselben treu zur Fahne halten.

In Zahna fand eine Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, einen Fachverein zu gründen und wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, die nöthigen Vorarbeiten vorzunehmen. Auch meldete sich eine Anzahl Kollegen zum Abonnement auf den „Grundstein". Die Versammlung hat jedenfalls dazu beigetragen, in den Kollegen die Erkenntniß wach zu rufen, daß nur durch die Vereinigung aller Kollegen ihre so überaus schlechte Lage in etwas zu verbessern ist.

Schwach war die Versammlung in Wittenberg besucht. Schon im Frühjahr hatten sich eine Anzahl Kollegen bemüht, einen Fachverein zu gründen, welches Bemühen auch von Erfolg war. Eine an die Meister gestellte Forderung, die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden zu verkürzen, wurde abgelehnt, und so mußten die Kollegen, wenn sie auf ihrer Forderung beharren wollten, den Kampf mit den Meistern aufnehmen. Sie thäten es, obgleich sie zu einem Kampf sehr schlecht gerüstet waren. Erfreulicher Weise ist zu konstatiren, daß die Kollegen sich die zehnstündige Arbeitszeit und eine kleine Lohnaufbesserung errungen haben. Die Ueberzeugteren lesen den „Grundstein" und lassen sich hoffentlich nicht die Mühe verdrießen, das Fachorgan immermehr unter den Kollegen zu verbreiten.

Die Versammlung in Spremberg war von Maurern nur schwach besucht; der größte Theil der Anwesenden hier ein frischer Hauch in die Bewegung kam; die Leiter der Bewegung waren beim besten Willen nicht im Stande, dieselbe auf der Höhe zu erhalten, um nützlich zu sein. Eine Anzahl Kollegen abonnirte auf das Fachorgan und gaben mir das Versprechen, Alles aufbieten zu wollen, um die Bewegung in Fluß zu halten. Hoffentlich gelingt es ihnen.

In Kottbus konnte keine Versammlung stattfinden, da ein Lokal für diesen Abend nicht zu beschaffen war. Der Lohn für die Maurer ist hier sehr niedrig. Der so nothwendige Gemeinsinn, sowie das erforderliche Vertrauen zu den Führern, welche eine fast übermenschliche Geduld haben müssen, um nicht zu ermüden, fehlt und muß deshalb hier recht viel und gut agitirt werden.

Eine ziemlich gut besuchte Versammlung fand in Forst i. L. statt und wurde der schlafen gegangene Verein zu neuem Leben erweckt. Eine Anzahl Abonnenten auf das Fachorgan wurde ebenfalls gewonnen. Möge der Verein zu Macht gelangen, um die hier herrschenden Mißstände im Maurergewerbe beseitigen zu können. Es wird dieses allerdings nur erst dann möglich sein, wenn der Verein fast alle in Forst und Umgebung wohnenden Maurer zu seinen Mitgliedern zählt.

In Görlitz ist seit Bestehen der Organisation der Lohn etwas erhöht und die Arbeitszeit geregelt worden. Einige tüchtige Kollegen geben sich alle erdenkliche Mühe, die Organisation zu erhalten und zu stärken, leider giebt es aber auch hier noch eine Anzahl Kollegen, welche sich diesem Bestreben gegenüber gleichgültig, wenn nicht gar feindlich verhalten. Eine Folge hiervon ist denn auch, daß noch viel nach Feierabend und des Sonntags gearbeitet wird und der so sehr schädliche Klassenlohn noch besteht. Eine vom besten Geiste beseelte Versammlung fand statt und steht zu hoffen, daß es den Kollegen gelingt, die dem Verein noch Fernstehenden zu belehren und für die Organisation zu gewinnen.

In Steinkirchen bei Lübben, Mühlberg a. E., Prettin, Laussig, Badrina, Törten bei Dessau, Cöthen, Calbe a. S., Goslar, Egeln und Jüterbog waren verschiedener Umstände halber Versammlungen nicht einberufen worden. Im Voraus verboten wurden die Versammlungen auf Grund § 9 des Sozialistengesetzes in Bernburg, Barleben und Zerbst.

In Torgau fand eine schwach besuchte Versammlung statt. Die Kollegen klagten sehr über den Indifferentismus, der noch unter den „Landmaurern" herrsche, denen jedes Verständniß und Interesse für die Bewegung fehle. Hoffentlich gelingt es den in der Stadt wohnenden Maurern in nicht allzu langer Zeit, ihre Kollegen vom Lande aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und sie der allgemeinen Bewegung zuzuführen, damit sie nicht fortwährend, wenn auch unbewußt, sich und Andere schädigen.

Die letzte Versammlung, welche ich auf dieser Tour abgehalten habe, war in Stendal. Die Kollegen hier beschlossen, einen Fachverein zu gründen, und wurde zu diesem Zweck eine Kommission gewählt, um die nöthigen Vorarbeiten zu treffen. Eine Vereinigung thut den Kollegen Noth, denn es giebt hier viele Mißstände auszumerzen, wozu nur ein Verein im Stande ist, der die größte Zahl der Kollegen in sich schließt. Zum Lesen des „Grundstein" meldeten sich auch hier eine Anzahl in der Versammlung.

Zum Schluß möchte ich noch an alle Kollegen die Mahnung richten, in dem Kampf für die Erringung besserer Existenzbedingungen nicht zu erlahmen und für die Erstarkung der bestehenden Organisationen, sowie für Gründung von Vereinen in Orten, wo solche noch nicht vorhanden sind, unabläßig thätig zu sein, denn nur eine Vereinigung aller Berufsgenossen kann uns dem Ziele näher führen: als gleichberechtigte Faktoren neben Innungs- und sonstigen Unternehmerverbänden anerkannt zu werden. Mit dieser Anerkennung wird auch die Lebenshaltung der Maurer, welche in den von mir bereisten Städten, mit wenigen Ausnahmen, eine erschreckend schlechte ist, besser werden.

Mit Gruß L. Limbach.

Hamburg, Mitte Januar 1889.

Aus den neuesten Jahresberichten der Fabrik-Inspektoren.

III.

d) Arbeitseinstellungen.

Die Herren Gewerberäthe haben auch in ihren neuesten Jahresberichten wieder — wie früher schon so oft — die Arbeitseinstellungen einer den Arbeitern höchst ungünstigen Beurtheilung unterzogen. Das wird Jeder, der da weiß, wie sehr die wirthschaftlich-sozialen Anschauungen dieser Herren sich mit denen der Unternehmer decken, vollständig erklärlich finden.

Wir treffen da auf die Behauptung, daß „nach den vorliegenden Mittheilungen" (die selbstverständlich nicht von den Arbeitern ausgegangen sind!) die Arbeitseinstellungen des Berichtsjahres „vielfach auf fachvereinliche und sozialdemokratische Einwirkungen zurückzuführen, oder daß sie bei ihrer Entstehung oder in ihrem weiteren Verlaufe durch fremde Einflüsse solcher Art genährt worden sind." Diese Behauptung entspricht durchaus den von uns schon öfter beleuchteten Verleumdungen, welche die Presse der herrschenden Interessenrichtungen beständig gegen die streikenden Arbeiter ausstreut.

Der Aufsichtsbeamte für Dresden, Herr Siebdraht, ist so glücklich gewesen, zu entdecken, daß man sich „infolge der maßlosen Mehrforderungen mancher Arbeiter und deren Unzufriedenheit, wenigstens in größeren Städten auf etwaige Arbeitseinstellungen vorbereitete," und daß „bei Vorträgen und bei Versammlungen von Arbeitervereinen die Arbeiter durch falsche (!) Angabe über Löhne, Schutzvorrichtungen etc. systematisch zur Unzufriedenheit angeregt werden."

Herr Siebdraht stützt diese Behauptung auf Mittheilungen, die ihm von den angegriffenen Unternehmern gemacht haben. Auf Grund solcher einseitigen Informationen die Glaubwürdigkeit der Arbeiter einfach zu verneinen, das ist allerdings recht bequem, aber sicherlich nicht geeignet, unparteiische Beurtheiler von der großen Glaubwürdigkeit der Unternehmer und des Herrn Gewerberaths zu überzeugen.

Eine besondere Beachtung erfährt der Mainzer Maurerstreik. Da wird hervorgehoben, daß die Polizei gegen die „Ausschreitungen" der Streikenden vorgegangen sei mit einer öffentlichen Verwarnung, indem sie denen, die arbeiten wollten, polizeilichen Schutz zusicherte; ferner, daß die Polizei Versammlungen der Streikenden auf Grund des Sozialistengesetzes verboten habe! Endlich wird bemerkt, daß ein im September 1888 nach dem Streik ausgebrochener Streit zwischen den Maurern und den Unternehmern sich um die Frage gedreht habe, „ob das Ansinnen der Unternehmer, vorübergehend, bis wieder Arbeit vorhanden, zuzusehen, als kündigungspflichtige Entlassung anzusehen sei." Diese Frage sei von der Bürgermeisterei als Schiedsgericht im bejahenden Sinne (also zu Gunsten der Arbeiter) entschieden worden.

Auch der Kieler Maurerstreik, „dessen Zweck die Feststellung von Minimallöhnen war," wird erwähnt. Da heißt es: „Nachdem an Stelle der 800 feiernden Maurer, von denen ein Theil die Stadt verlassen hatte, mehrere hundert Fremde herbeigezogen waren, und die Streikenden sich der Forderung, einen Gesellenausschuß zur Verhandlung mit den Meistern an Stelle der vom Fachvereine (!?!) aufgestellten sogenannten „Lohnkommission" zu wählen, gefügt hatten, fand unter Nachgeben von beiden Seiten eine Einigung statt."

An diese Mittheilung knüpft der Aufsichtsbeamte die folgenden ungeheuerlichen Behauptungen:

„In allen Fällen, von denen ich Kenntniß erhielt, blieb nur ein höchst unbedeutender Theil sämmtlicher Arbeiter, die Anfänger und die weniger Brauchbaren, die einen Verdienst erzielten, welcher unter dem geforderten Miminallohn blieb. Die Ausstände sind daher nicht aus wirklichem Gedrücktsein der Lage entstanden, sondern es wird vielmehr dieses zweischneidige Kampfmittel vielfach ohne zwingende Gründe zu lediglich agitatorischen Zwecken verwendet." (!!!)

Der Aufsichtsbeamte für Hamburg weiß über 16 in verschiedenen Gewerken stattgehabte Streiks zu berichten; er behauptet, die Arbeiter seien, „um die Unternehmer nicht zur Ruhe kommen zu lassen," nach und nach mit ihren Forderungen hervorgetreten, und hätten da, wo diese Forderungen nicht sofort bewilligt wurden, die Arbeit niedergelegt. Im Allgemeinen sei das Verlangen der Arbeiter auf 9- bis 9½stündige Arbeitszeit und Bewilligung eines Minimallohnes von 40 ₰ pro Stunde, unter Erhöhung von 25 pZt. für Ueberstunden und um 50 pZt. für Nachtarbeit, gerichtet gewesen. Sehr eingreifend und schädigend hätten sich besonders die Ausstände der Schlosser, Schmiede, Kesselschmiede, Kupferschmiede, Tischler, Schiffbauer, Drechsler und Tapezierer gezeigt. Aber nur letztere hätten einen Minimallohn von ℳ 22.80 mit Zuschlag von 33⅓ pZt. für Ueberstunden und einen 9stündigen Arbeitstag durchgesetzt.

Der Bericht fährt fort: „Um der Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse und schädigender Betriebsstörungen für die Zukunft vorzubeugen, haben nunmehr die Eisenindustriellen Hamburgs und Umgegend einen Verband gegründet, welchem sich auch andere Gewerbe, sowie auch die Innungen anschließen können. Die Statuten dieses Verbandes bestimmen u. A., daß kein Mitglied des Verbandes einen wegen Streiks entlassenen oder ausscheidenden Arbeiter annehmen darf. Die Namen streikender Arbeiter sind dem Vorstande sofort aufzugeben und es wird über dieselben ein genaues Register geführt. Zur Vermittelung der Anstellung und des Zuzuges von Arbeitern hat der Verband einen Arbeitsnachweis errichtet, welchem die genaue Kontrole der Arbeitsuchenden obliegt. Der Verein hat sich bis jetzt gut bewährt."

Natürlich! In dem Unfug der Verrufserklärung der Arbeiter durch die Unternehmer sieht der Herr Gewerberath auch nur etwas „Gutes". Uns aber erscheint sein Urtheil als eine direkte Parteinahme für die Unternehmer.

Der Aufsichtsbeamte für Dresden beklagt sich darüber, daß die „sozialdemokratische Presse" sich dazu hergebe, „nicht selten vorkommende Verleumdungen von Arbeitgebern seitens ihrer Arbeiter möglichst zu verbreiten." Unsere Leser werden wissen, was sie von dieser Behauptung zu halten haben. Herr Siebdraht thäte besser, sich gegen die wirklichen Verleumdungen zu wenden, denen die Arbeiter so oft seitens der Unternehmer und der sogen. „gutgesinnten" Presse ausgesetzt sind.

Das Fazit der Untersuchungen der Gewerberäthe über die Arbeitseinstellungen ist: die Arbeiter haben immer Unrecht, — die Unternehmer sind immer im Recht. In ihren vorjährigen Berichten war gesagt: bei den Streiks sei es vornehmlich auf „Vermehrung des Proletariats" abgesehen. Jetzt kommt schon die „sozialdemokratische Propaganda" hinzu, und demnächst werden die Herren uns den Streik wohl schildern als eine auf den „Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung" gerichtete Maßregel.

Zünftlerisches.

In einer Versammlung des sogenannten „Innungs-Ausschusses" zu Halle a. d. S. wurde kürzlich verhandelt über „die Stellung der Innungen zu den in diesem Jahre in Aussicht stehenden Streiks." Dabei wurde u. A. die Ansicht ausgesprochen: es sei leichter und richtiger, vor Ausbruch eines Streiks „durch ein pekuniäres Opfer den Gesellen entgegenzukommen, als im Streik selbst vielleicht höhere Forderungen bewilligen zu

müssen." — Im Munde der Zünftler sind solche Aeußerungen bekanntlich nicht ernst zu nehmen.

Weiter würden folgende Ansichten zum Besten gegeben: „In Deutschland würde man die Lohnerhöhung so weit treiben, bis in allen Gewerben eine Reaktion dem Auslande gegenüber eintrete, (!) wie dies voraussichtlich binnen weniger Jahre im Baufach durch einen drohenden Häuserkrach bevorstehe und dann müßten die Gesellen unfreiwillig streiken. Der fleißige Geselle ist selten streiklustig, aber die schlechten Arbeitskräfte seien dazu am meisten angelegt und letztere im Normalarbeitslohn ebenso zu besolden wie erstere, das sei eben die Ungerechtigkeit des Streiks. (!,!!) Arbeitsnachweise, um die so viel gestritten wird, gehören zu den Aufgaben der Innungen, die Anmaßung, die Werkstattordnungen müßten seitens der Gesellen festgestellt werden, sei unstatthaft. Der Streik habe auch vielfach einen politischen Hintergrund. (!) Die Unzufriedenheit solle damit geschürt werden zu bestimmten Parteizwecken, darum wird derselbe noch protegirt von vielen hervorragenden Personen. Wenn auch die verschiedenen von den Anwesenden vorgebrachten Vorschläge zur Verminderung oder Beseitigung eines Streiks als kleine Wundpflästerchen bezeichnet wurden, die doch über kurz oder lang ihren Dienst versagten, so erwartet man doch beim Ueberhandnehmen in Zukunft nach dieser Richtung ein energisches, gesetzliches Einschreiten, wobei in erster Linie die klarere Auslegung der Bestimmungen der sogenannten Koalitionsparagraphen (§ 153 der Gewerbeordnung) eine heilsame Wirkung ausüben könne, aber vor allen Dingen sei die Einigkeit in den Innungen, ein fester Zusammenschluß ihrer Mitglieder, ein gewaltiges Mittel, den Streik erheblich abzuschwächen."

Bedauernwerthe Menschen, in deren Köpfen solche Ansichten reifen können! Da wird also sogar schon der „voraussichtlich binnen wenigen Jahren" drohende Häuserkrach auf Rechnung der Lohnbewegung gesetzt. Gewiß der Krach wird kommen, aber nicht als Folge, sondern trotz der Lohnbewegung, als nothwendige Konsequenz des immer toller in's Kraut schießenden Grund- und Boden- und Häuserschachers, den gerade die für die Verbessung ihrer Lage eintretenden Arbeiter auf das Entschiedenste bekämpfen. (Vergl. Nr. 46 unseres Blattes vom 16. November 1889.)

Betreffend die angebliche „Ungerechtigkeit des Minimallohnes" verweisen wir auf unsere diesbezüglichen Ausführungen in den Artikeln „Maximalarbeitstag und Minimallohn". (Nr. 50 und 51 uns. Bl. vor. Jahrg.) Die lächerliche Behauptung, daß vorzugsweise die „schlechten" Arbeitskräfte „streiklustig" seien, bedarf keiner besonderen Zurückweisung. Das gerade macht ja die Streiks für die Unternehmer so empfindlich, daß es in erster Linie die tüchtigsten Arbeiter sind, die bereit sind, ihre berechtigten Forderungen, wenn nöthig, durch Streiks zur Geltung zu bringen. —

Rücksichtlich des Arbeitsnachweises mögen die Zünftler noch so fanatisch behaupten, diese Einrichtung gehöre zu den Aufgaben der Innungen", — die Arbeiter werden unbeirrt auf ihrem guten Recht bestehen, das Angebot und den Verkauf ihrer Arbeitskraft selbstständig zu regeln.

Es ist eine dumme Unwahrheit, zu behaupten, die Gesellen hätten sich „angemaßt", die Werkstattordnungen festzustellen. Sie haben lediglich die Anmaßung der Unternehmer zurückgewiesen, einseitig solche Ordnungen zu schaffen, die das Interesse der Arbeiter in gröblichster Weise verletzen und sie den Arbeitern aufzuzwingen. Gegenüber dieser Anmaßung fordern die Arbeiter, daß der Unternehmer mit ihnen unter gebührender Berücksichtigung der beiderseitigen berechtigten Interessen die Arbeitsordnung vereinbare.

Wollen die Unternehmer das nicht, so müssen sie sich's gefallen lassen, daß die Arbeiter die Beseitigung schlechter und ungerechter und Aufstellung besserer Arbeitsordnungen zu erzwingen suchen.

Die abgedroschene Faselei über den „politischen Hintergrund" der Streiks überantworten wir dem Humor unserer Leser zur Verwerthung. Wer mögen nur die „hervorragenden Personen" sein, welche die Streiks „zu bestimmten Parteizwecken protegiren"?

Die Innungs-Ausschüsse zu Halle a. S. beabsichtigen, einen gemeinsamen Innungs-Ausschuß-Verband zu bilden. Zu den Aufgaben desselben soll u. A. gehören: die einheitliche Regelung des Wanderwesens und der Wanderunterstützung, sowie die Gründung gemeinschaftlicher Herbergen und die Leitung derselben; Stellungnahme zu der Lohnbewegung der Gesellen und Unterstützung der durch einen Streik leidenden Gewerke; ferner „volle Inanspruchnahme des Koalitionsrechtes auch für die selbstständigen Handwerker." (!!)

Ein Mahnwort.

An die Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands richten wir hiermit bei Beginn der milden Witterung und der durch dieselbe veranlaßten Wiederaufnahme der Arbeit wiederholt die Mahnung, der für sie bestehenden und segensreich wirkenden Zentralkrankenkasse „**Grundstein zur Einigkeit**" beizutreten. Insbesondere auch mögen die in der gewerkschaftlichen Bewegung stehenden Kollegen allüberall ihre Agitation mit darauf richten, daß der Kasse neue Mitglieder gewonnen und neue Filialen für sie gegründet werden.

Die Kasse genügt allen gesetzlichen Vorschriften; ihre Verwaltung ist eine anerkannt gute und zuverlässige; wer ihr als Mitglied angehört, kann nicht gezwungen werden, einer anderen Kasse (Orts-, Innungs-, Baukrankenkasse 2c.) beizutreten.

Gerade der Umstand, daß die Unternehmerkreise, hauptsächlich die Innungen, die freien Hülfskassen so sehr anfeinden und auf ihre Beseitigung bedacht sind, sollte den Arbeitern ein Beweis sein, wie sehr werthvoll diese Kassen, in deren Verwaltung kein Unternehmer etwas hineinzureden hat, für sie sind. Sie verbürgen den Arbeitern die Unabhängigkeit von den Unternehmern in Sachen der Krankenversicherung, was bei allen andern Kassen, in erster Linie bei den Innungskassen, nicht der Fall ist. Gerade diese letzteren werden von den Innungen in der Regel dazu mißbraucht, die Gesellen den ihren Interessen zuwiderlaufenden zünftlerischen Bestrebungen dienst- und tributpflichtig zu machen. Die meisten Mitglieder der Innungskrankenkassen zahlen ihre Beiträge in dieselben, ohne jemals einen Vortheil davon zu haben. Wer aber Mitglied der Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einigkeit" ist, der kann sich innerhalb des deutschen Reiches an einen Ort begeben, wohin er will, er behält, wenn er seinen Verpflichtungen gegen die Kasse genügt, seine Mitgliedsrechte und im Erkrankungsfalle die statutengemäße Unterstützung. Das ist, ganz abgesehen von der Unabhängigkeit vom Unternehmerthum, ein sehr großer Vortheil, auf den hauptsächlich auch die jungen, unverheiratheten Kollegen, welche den Ort ihrer Beschäftigung häufig wechseln, Bedacht nehmen sollten.

Uebrigens ist es moralische Pflicht jedes Arbeiters, alle von den Arbeitern selbst gegründeten Kassen schon um des Prinzips der Selbstständigkeit willen, das ihnen zu Grunde liegt, zu unterstützen und zu fördern nach Kräften.

Je mehr die Gegner der Arbeitersache bemüht sind, alle solche selbstständigen Institutionen zu zerstören, je mehr müssen die Arbeiter darauf bedacht sein, sie zu stärken und zu verallgemeinern.

Also auf, Freunde, zur Agitation für die Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einigkeit"!

Dieselbe hat ihren Sitz in Altona. Anfragen sind zu richten an W. Themar, Friedrichsbaderstraße 32, Neckers Platz 5.

Auch ist die Redaktion dieses Blattes gern bereit, jeden die Kasse betreffenden Aufschluß zu geben.

Das Volk ehrt seine Todten.

Die Beerdigung des wackeren Johannes Wedde, welche am 16. Januar hier in Hamburg stattfand (Freunde hatten die Leiche in der Nacht zuvor von Lübeck geholt), gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung des arbeitenden Volkes von Hamburg-Altona und Umgegend.

Die Leiche war in der Leichenhalle am Lübeckerthor aufgebahrt. Dorthin zogen schon in der elften Stunde Vormittags die Leidtragenden in dichten Schaaren. Immer ungeheurer wuchs die Menge an; sie zählte, als um 1 Uhr Nachmittags der Sarg aufgehoben und in den Leichenwagen gesetzt wurde, mindestens 20 000 Köpfe. Alle Gewerke waren, zum Theil mit ihren florumhüllten Vereinsfahnen und durchweg mit prächtigen Kranzspenden vertreten. Die Maurer und die Maurerarbeitsleute, Zimmerer 2c. befanden sich fast vollzählig in dem riesigen Trauerzuge, der langsam zwar, aber in musterhafter Ruhe und Ordnung sich entwickelte und seinen Weg nach dem etwa zwei Stunden entfernten Ohlsdorfer Friedhof nahm. Unaufhörlich strömten neue Schaaren Leidtragender hinzu und schlossen sich an, während rechts und links des langen Weges die Volksmassen dicht gedrängt standen und viele Tausende dem Zuge vorauseilten. Nicht nur Arbeiter, im engeren Sinne des Wortes, gaben dem theuren Todten das Geleite. Seinem Sarge folgten Personen aus allen Gesellschaftsschichten, ein Beweis dafür, wie viele Freunde sich Johannes Wedde durch sein liebenswürdiges Wesen, sein tiefes Wissen und durch seinen ehrlichen Charakter überall erworben hatte. Ueber hundert Wagen folgten dem Zuge. — Aller Verkehr stockte, Pferdebahn und sonstiges Fuhrwerk mußte halten. Viele Häuser hatten halbstock geflagt; auch sah man in den Schaufenstern vieler Läden Trauerdekoration.

Gegen 3¼ Uhr traf der Zug auf dem Friedhofe ein, wo bereits eine unzählbare Menge ihn erwartete.

Nachdem die riesige Trauerversammlung um das Grab sich geordnet und die Wittwe, sowie die sonstigen Angehörigen des Entschlafenen daselbst Aufstellung genommen, wurde unter den feierlich ernsten Klängen des von Gesangvereinen vorgetragenen Liedes: „Still ruht der Sänger", der Sarg herabgesenkt.

Dann betrat der Reichstagsabgeordnete Frohme die Bretter vor der geöffneten Gruft, legte in Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages einen Palmenzweig nieder und hielt eine so ergreifende Rede, daß die um das Grab versammelte Menge nur mit Mühe ihrer Rührung Herr werden konnte. Er hob in derselben hervor, daß der Verstorbene einer von den Wenigen gewesen sei, welche unentwegt für Wahrheit, Freiheit und Recht gekämpft hätten, einer Derjenigen, die mit einem wie Gold treuen Herzen seine bedeutenden Talente, sein ganzes Wissen und Können in den Dienst des Volkes stellten. Darum hätte auch das Volk, hätten die Arbeiter ihm eine Verehrung entgegengebracht, wie sie es nur Leuten entgegen bringen, die sie als Ehrenmänner im vollsten Sinne des Wortes, als Märtyrer ihrer Ueberzeugung kennen gelernt haben. Wenn er auch keine Glocke läuten höre, so glaube er doch die Herzen der Tausende, welche dem edlen Dahingeschiedenen die letzte Ehre erwiesen, klopfen zu hören. Wehmuth und Trauer um den Verlust eines so edlen, braven, uneigennützigen Charakters seien es, welche die Herzen der Tausende bewegen. Die Wahrheit war stets das Panier des Verstorbenen gewesen, die Wahrheit, von der der edle Jean Paul, mit dem der Dahingeschiedene in geistiger Beziehung viel Aehnlichkeit hatte, sagte: „Die Wahrheit wird wie die medizeische Venus in dreißig Trümmern der Nachwelt überliefert. Diese wird sie in eine Göttin zusammenfügen und Dein Tempel, ewige Wahrheit, der jetzt noch halb unter der Erde steht, ausgehöhlt von den Erdbegräbnissen Deiner Märtyrer, er wird sich bald über die Erde erheben und eisern mit jedem Pfeiler in einem theueren Grabe ruhen." Der Verstorbene sei stets ein Helfer und Berather der Armen und Unterdrückten gewesen; Vieler Elend und Noth habe er gelindert und ihnen Trost gespendet. Er, Redner, könne leider den Hinterbliebenen des Verstorbenen nicht den Trost spenden, den dieser so vielen seiner bedrängten Mitmenschen gewährt hatte. Er hoffe aber, daß die Theilnahme der Tausende, welche mit den Hinterbliebenen den Verlust des edlen Dahingeschiedenen beklagen, daß die Segenswünsche Derer, welchen der theure Entschlafene Trost gespendet, den Hinterbliebenen, besonders der Gattin desselben, den Schmerz etwas lindern werde. Redner schloß seine ergreifende Rede mit folgenden Worten:

„Edelsinn, Biederkeit
War Deine Zier.
Recht und Gerechtigkeit
Hieß Dein Panier,
Wahrheit Dein Hort!
Ob Du im Grab' auch liegst,
Doch tönet fort und fort,
Wack'rer, Dein Losungswort:
„Wahrheit, Du siegst!""

Als die Rede beendigt war, schritten die Freunde und Gesinnungsgenossen des Verblichenen an das Grab und legten die Kränze nieder, indem sie dem Andenken des Verstorbenen passende Worte widmeten. In wenigen Minuten war die Gruft gefüllt mit duftenden Blumen und immer höher thürmten sich die Kränze auf. Ihre Zahl belief sich auf über 200.

Im Namen der Maurer Deutschlands legte das Mitglied der Geschäftsleitung, Herr Dammann, mit Worten ehrender Erinnerung für den Todten, einen prachtvollen Kranz nieder. Ebenso Herr Meyer für den Fachverein der Maurer Hamburgs und die Vertreter anderer Gewerke und Vereine. Noch einen letzten Abschiedsgruß sandten die Sänger dem Todten; dann entfernten die Zehntausende sich in derselben musterhaften Ruhe und Ordnung, wie sie gekommen. Nicht der leiseste Mißton störte die ernste Feier. Wohl waren seitens der Behörden umfassende Maßregeln getroffen, aber nirgends ergab sich die Nothwendigkeit für die Polizeiorgane, in irgend einer Weise einzuschreiten. Anerkennenswerth ist übrigens, daß auch von dieser Seite Toleranz geübt wurde und daß das Benehmen der Polizeiorgane durchweg ein taktvolles und höfliches war.

Die Theilnahme an der Trauerfeierlichkeit hat für manche Arbeiter recht unangenehme Folgen gehabt; z. B. wurden 200 Arbeiter von Blohm u. Voß, als sie am 17. Januar zur Arbeit erschienen, zurückgewiesen und ihnen gesagt, sie möchten morgen wiederkommen. Das ist gewiß recht bezeichnend! Wenn man den Arbeitern Feiertage vorschreibt, um sie womöglich als Statisten für irgend welchen „patriotischen" Festtrubel zu gebrauchen, so hält man das ganz in der Ordnung. Wenn aber Arbeiter die Arbeit versäumen, um aus eigenem Antrieb einen Akt der Pietät zu üben, dann maßregelt man sie!

Berichtigung. In dem am Kopfe der vorigen Nummer enthaltenen Nekrolog ist irrthümlich Hamburg als Geburtsort des Herrn Wedde angegeben. Der Verblichene ist in Uelzen geboren, jedoch in Hamburg erzogen worden, weshalb er letzteres gleich seiner Vaterstadt liebte.

Situationsberichte.

Maurer.

Remstedt b. Gotha. In der am 6. Januar abgehaltenen Versammlung der Maurer und Steinhauer von Gotha und Umgegend, die der auch hier grassirenden Influenza halber leider nur schwach besucht war, da zirka die Hälfte der Kollegen erkrankt ist, wurde die Gründung eines Fachvereins beschlossen, worauf sich sofort 19 Kollegen als Mitglieder einzeichnen ließen, deren Zahl bei Schluß der Versammlung auf 25 gestiegen war. Als Vorsitzender wurde Herr H. Meng gewählt. Es ist somit auch hier der Bann gebrochen, welcher bisher die hiesigen Maurer an die Innung fesselte. Die Meister haben bisher noch nichts verlauten lassen, jedoch wird diese Kunstpause, wohl nicht lange anhalten. — In der Woche darauf fand hier wieder eine öffentliche Maurer- und Steinhauerversammlung statt, in welcher Kollege Bayer aus Leipzig einen höchst belehrenden Vortrag über die Bestrebungen der Innungen im Gegensatze zur jetzigen Gewerkschaftsbewegung hielt. Nachdem Kollege Meng die von etwa 60 Personen besuchte Versammlung mit einem kurzen Mahnworte an die Anwesenden, den nun endlich beschrittenen Weg zur Organisation nicht zu verlassen, eröffnet hatte, erläuterte der Referent die Vorgeschichte der deutschen Maurerbewegung, wobei er besonders die Einführung des Koalitionsrechtes der Arbeiter in die deutsche Gesetzgebung einer näheren Betrachtung unterzog. Dann schilderte Redner das Wesen und die Ziele der Innungen und bewies, daß Letztere einen unter dem heutigen Zeitalter der Maschinen unmöglichen Rückschritt bedeuten, während die Fachvereine das Werden einer neuen Organisation der Arbeit vorbereiten, trotz aller denselben feindlich gegenüberstehenden Mächte. Nachdem Redner dann die Schicksale der Maurerbewegung in Leipzig kurz geschildert hatte, ging derselbe zu der Erläuterung der Wichtigkeit statistischer Erhebungen unter sämmtlichen Arbeitsbranchen über und empfahl auf das Dringendste das Lesen von Arbeiterblättern, besonders des auf dem letzten Maurerkongresse anerkannten Fachorgans „Der Grundstein". Sodann besprach Herr Bayer die so viel verleumdete Streikbewegung und wies eingehend nach, daß die Bestrebungen der Maurerorganisationen nicht, wie es in den reaktionären Blättern der verschiedensten Richtungen dem Publikum aufgebunden werde, auf die Provozirung von Streiks, sondern auf die Verhütung derselben gerichtet seien. Redner schloß seinen Vortrag mit dem Wunsche, die Gothaer Maurer auf dem nächsten Kongresse vertreten zu sehen. In der Diskussion über den Vortrag wurden die von mehreren Rednern gestellten Fragen vom Referenten zu vollster Zufriedenheit der Anwesenden beantwortet, womit die Tagesordnung erledigt war. Nachdem sich dann mehrere Kollegen zum Abonnement auf den „Grundstein" gemeldet hatten, schloß der Vorsitzende die vom besten Geiste beseelte Versammlung.

Bergedorf. Am Montag, den 13. Januar, fand im Lokale des Herrn Sievers eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, welche von ca. 500 Personen besucht war. Zur Ueberwachung der Versammlung war außer einem Bergedorfer Beamten noch der Polizeioffiziant Herr Hille aus Hamburg erschienen. Die Tagesordnung lautete: 1. Zweck und Ziele der Gewerkschaften. 2. Diskussion. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Koch als erster, Werrisch als zweiter Vorsitzender, Krützmann als Schriftführer. Herr Heinze aus Berlin referirte darauf in eingehender Weise über die Tagesordnung; unter Anderem führte er an, daß eine Regelung der Arbeitszeit eintreten müsse, um die in der heutigen Produktionsweise vorhandenen Uebelstände zu beseitigen. Der einzelne Arbeiter erreiche nichts, sondern nur die Gesammtheit der Arbeiter, wenn sie geschlossen vorgehen. Der Arbeiter müsse sich bewußt sein, daß er der Schöpfer der Kultur ist; der Nationalwohlstand bestehe nicht im Aufbauen großer Häuser, sondern darin, daß allen Menschen die natürlichen sowie künstlichen Erzeugnisse zu Gebote stehen. Nachdem der Referent geendigt hatte, erklärte der die Versammlung überwachende Bergedorfer Beamte, er sähe viele Personen, welche nicht Bauhandwerker seien und ersuchte den Vorsitzenden, die Entfernung der betreffenden Personen zu veranlassen, widrigenfalls die Versammlung geschlossen würde. Nachdem die Nichtbauhandwerker das Lokal verlassen hatten, vervollständigte Herr Staningk aus Hamburg den Vortrag des Referenten, indem er näher auf die Innungsbestrebungen im Gegensatz zu den Zielen der Gewerkschaftsbewegung einging und dann darlegte, daß die Vereinigungen der Arbeiter ebensogut auf dem gesetzlichen Boden des § 152 der deutschen Reichsgewerbeordnung stehen, wie die der Innungen. Die Versammlung zollte beiden Rednern reichen Beifall. In der Diskussion sprach Herr Heinze sein Bedauern aus, daß sich trotz mehrfacher Aufforderung kein Unternehmer an der Diskussion betheiligte, da nur durch gegenseitigen Meinungsaustausch die Ansichten geklärt werden können. Nachdem der Vorsitzende alsdann die Anwesenden zur Beherzigung der gehörten Vorträge ermahnt hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Münden i. H. Am Sonntag, den 29. Dezember v. J., tagte hier eine Mitgliederversammlung des hiesigen Fachvereins der Maurer, Steinhauer und Zimmerer mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Der Lohn- und Arbeitszeittarif für das Jahr 1890. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung entwickelte sich eine lebhafte Debatte über die für das Jahr 1890 festzustellenden Arbeitsbedingungen, worauf die Versammlung eine aus sechs Personen bestehende Lohnkommission wählte, welche beauftragt wurde, einen desbezüglichen Tarif auszuarbeiten und denselben den Meistern zu unterbreiten. Alsdann erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. In der Generalversammlung des Vereins der Akkordarbeiter Berlins (Rüdersdorferstraße 45) am 14. Januar gab zunächst der Vorsitzende, Herr Lehmann, einen Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des Vereins im letzten Vierteljahre. Darauf verlas der Kassirer den Kassenbericht; derselbe wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassirer Entlastung ertheilt. In der darauf folgenden Vorstandswahl wurden folgende Herren gewählt: Lehmann erster, Lange zweiter Vorsitzender, Parey erster, Nölke zweiter Kassirer, Zimpel erster, Haselov zweiter Schriftführer, sowie Kummer, Legad und Hönov, Revisoren. Im „Verschiedenen" ermahnte Kollege Peter die Mitglieder, dafür Sorge zu tragen, daß der Streit, welcher infolge der Meinungsverschiedenheiten zwischen Akkordmaurern und einem Theil der Lohnmaurer besteht, nicht zur Gehässigkeit ausarte. Redner konstatirte, daß die Anwesenden bei den vergangenen Lohnkämpfen ihre Schuldigkeit gethan haben und forderte die Anwesenden auf, dasselbe auch ferner zu thun, sowie die Beschlüsse der Generalversammlung zu halten. In demselben Sinne sprachen sich noch mehrere Redner aus. Nachdem noch der Antrag angenommen worden war, die nächste Versammlung zu Gunsten der Wahlagitation ausfallen zu lassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Wandsbeck. Der Fachverein der Maurer von Wandsbeck hielt am 14. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Die Organisation und wie ist dieselbe hochzuhalten? 2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Fragekasten. Ueber den ersten Punkt referirte Herr Effinge in einer längeren und gut aufgenommenen Rede. Derselbe griff bis zum Jahre 1869 zurück, wo durch Gesetz bestimmt wurde, daß sich die Arbeiter zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen koaliren dürften. Dieses Recht hätte auch die Arbeiter bewogen, Vereine zu gründen, die aber größtentheils im Jahre 1878 aufgelöst seien. Da aber die Arbeiter einsehen gelernt hätten, daß ein Einzelner nicht das vollbringen könne, was die Gesammtheit vollbringe, hätten die einzelnen Gewerke nach Beginn der 80er Jahre die heutigen Fachvereine gegründet. Weiter führte Redner die Vortheile speziell unseres Fachvereins an, welche derselbe seit seiner Gründung im Jahre 1885 erzielt hat. Um aber nun die Organisation hochzuhalten, sei es Pflicht eines jeden Mitgliedes, daß die dem Verein noch fernstehenden Kollegen für die Organisation gewonnen würden, auch müßten die Versammlungen besser besucht und die Beschlüsse strenge eingehalten werden. Redner schloß mit den Worten: „Nur die werden etwas vermögen, die ihre Interessen vertreten; wer allein steht, geht verloren." Herr Hümann unterstützte den Vorredner und ersuchte die Mitglieder, dafür einzutreten, daß den Arbeitern das Koalitionsrecht erhalten bleibe. Zu diesem Zwecke sei es Pflicht, am Tage der Entscheidung, also am 20. Februar, für den Vertreter der Arbeiter einzutreten. Zu Punkt 2 wurden dem Mitgliede C. Schmidt, weil er von seinem Meister gemaßregelt worden war, für vier Tage Lohnversäumniß vergütet. Ferner wurde ein Mitglied mit M. 30 unterstützt. Nachdem noch über unser Stiftungsfest verhandelt und ersucht worden war, zur nächsten Versammlung die statistischen Formulare abzuliefern, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 9½ Uhr mit dem Ersuchen, in nächster Versammlung zahlreich zu erscheinen, da er über das Thema: „Die Berufskrankheiten und wie sind dieselben zu beseitigen", zu sprechen gedenke. In der Versammlung am 6. d. Mts. wurden folgende Mitglieder, als mit Schulden gestrichen, verlesen: A. Watermann, W. Bröker, F. Frist, J. Sangosch, A. Heinrichs, P. Heitmann, C. Löffe und Morthorst.

Wilhelmshaven. Am 14. Januar hielt der Fachverein der Maurer von Wilhelmshaven und Umgegend eine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab. 1. Abrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl der Vertrauensmänner für den Arbeitsnachweis. 4. Veränderung des § 6 des Vereinsstatuts und Verschiedenes. Da der erste Vorsitzende nicht erschienen war, so wurde die Versammlung vom zweiten Vorsitzenden geleitet. Zunächst verlas der Kassirer, Kollege Beyer, die Abrechnung vom verflossenen Jahr, wie folgt: Einnahme: M. 344.86, Ausgabe: M. 201.95 bleibt, Kassenbestand M. 142.91. Die Revisoren E. Herrscher und H. Bradske konstatirten hierauf die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassirer die Decharge ertheilt wurde. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege A. Hupe als erster, W. Bojens als zweiter Vorsitzender, R. Beyer als Kassirer und J. Buchardt als Schriftführer gewählt. Ferner wurde beschlossen, dem Vorstand für das Jahr 1890 wiederum M. 40 als Diäten zu gewähren. Als Kassen-Revisoren wurden die Kollegen E. Herrscher und R. Elsner einstimmig gewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurden in das Arbeitsnachweisbureau die Kollegen A. Laaser und E. Herrscher gewählt. Zum vierten Punkte wurde nach längerer Debatte beschlossen, unter Belassung des § 6 in seiner bisherigen Form, die Mitgliederversammlung trotzdem alle 8 Tage stattfinden zu lassen. Im „Verschiedenen" wurde von der Lohnkommission ein an dieselbe adressirter Brief eines Meisters verlesen, in welchem derselbe erklärt, den älteren Gesellen wohl den Lohn von 45 ₰ pro Stunde zahlen zu wollen, er frage jedoch an, ob die Junggesellen auch 45 ₰ pro Stunde haben müssen. Ob Herr Schmidt wohl nicht weiß, was das Wort „Minimallohn" bedeutet? Dieses Schreiben wird auch von der Lohnkommission nicht unbeantwortet bleiben. Nachdem dann innere Vereinsangelegenheiten abgefertigt waren, wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Altona. Am 14. Januar, Abends 7½ Uhr, tagte im „Conventgarten" die regelmäßige Mitgliederversammlung des Lokalvereins der Maurer von Altona mit der Tagesordnung 1. Bericht der Kommission betreffs des Lehrlingswesens. 2. Wahl einer statistischen Kommission. 3. Unsere Lohntabelle und Akkordvorschrift. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden vom 1. Vorsitzenden diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, nochmals dazu angehalten, dieselben sobald wie möglich zu entrichten. Nach Verlesung des Protokolls wurden vom 1. Schriftführer, Herrn H. Deutsch, die hauptsächlichsten Beschlüsse, welche seit Bestehen des Vereins gefaßt sind, verlesen, worauf der Vorsitzende die Mitglieder ersuchte, sich diesen Beschlüssen strengstens zu fügen. Zum 1. Punkt berichtete Herr Sternberg als Mitglied der Kommission, daß jetzt in Altona und Ottensen bei den verschiedenen Unternehmern und Meistern 127 Lehrlinge beschäftigt seien, wovon auf Innungsmeister 96 und auf Nichtinnungsmeister 31 kämen. Redner führte dann noch an, wie viel Lehrlinge jeder einzelne Meister beschäftige, wobei es sich herausstellte, daß ein Meister, welcher durchschnittlich nur 2 Bauten ausführt, 15 Lehrlinge beschäftigt, demnach auf jeder Baustelle 7 Lehrlinge vorhanden sind. An diesen Bericht knüpfte sich eine lebhafte Debatte, worin von mehreren Rednern konstatirt wurde, daß der betreffende Meister seine Bauten beinahe nur durch Lehrlinge ausführe; es befänden sich höchstens mal 2 bis 3 Gesellen dabei. Außerdem würden die Lehrlinge nicht nur zur Erlernung des Handwerks verwendet, sondern sie müßten auch Steine abladen, Konkret schlagen usw., wodurch sie eben den betreffenden Berufsarbeitern Konkurrenz machen. Da sich nun augenblicklich gegen diese Uebelstände wenig ausrichten läßt, nahm die Versammlung folgende vom Vorstande eingebrachte Resolution an: „Die heute am 14. Januar 1890 tagende Mitgliederversammlung des Lokalvereins der Maurer von Altona ersucht jedes Mitglied, darnach zu streben, den Lehrlingen soviel wie möglich Aufklärung zu verschaffen, damit sie sich vorbereiten auf die ihnen als Geselle obliegenden Aufgaben." Zum 2. Punkte der Tagesordnung wurde, nachdem die Weiterführung der Statistik nach kurzer Debatte für das folgende Geschäftsjahr angenommen worden war, zur Wahl übergegangen und gewählt: die Herren Nordhausen, Bornhorst, Bötern, Schlichting, Martens, Voß und Behrendt. Zum 3. Punkt berichtete Herr Wiese, er habe in Erfahrung gebracht, daß auf einem Bau in der Arnoldstraße im Stadttheil Ottensen nach Feierabend gearbeitet werde; diese Angelegenheit wurde dem Vorstande zu näherer Untersuchung überwiesen. Zum 4. Punkt lag ein Unterstützungsgesuch der Wittwe Dowe vor, welches, da die Bittstellerin erwiesenermaßen nicht so bedürftig ist, abschlägig beschieden wurde. Ferner wurde dem schon unterstützten Mitgliede Klink eine Unterstützung von M. 30 zur Beerdigung eines Kindes bewilligt. Alsdann wurde auf Anfrage des Herrn Töpke, wie es mit der Volkers'schen Klage stehe, berichtet, daß der richterliche Bescheid in kürzester Zeit zu erwarten sei. Jedenfalls würde wohl derselbe jedoch kein befriedigender sein. Schluß der Versammlung 10 Uhr.

Neu-Buckow. Am Sonntag, den 12. Januar, fand hier eine öffentliche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: Zweck und Ziele der Organisation; das Bureau bestand aus den Kollegen Stegmann, Selt und Lüneburg. Kollege Kandt aus Rostock führte als Referent aus, daß sich in ganz Deutschland der Drang nach Organisation bemerkbar mache, da die Arbeiter mehr und mehr zu der Erkenntniß kommen, daß in ihrer Vereinigung ihre Macht liege. Auf die Verhältnisse der Maurer am Orte eingehend, erklärte Redner, daß kein rechtlich denkender Mensch zugeben könne, daß ein Maurer mit einem Lohne von M. 2.50 pro Tag sich und seine Familie bei der heutigen Theuerung ernähren könne, wobei noch in's Gewicht falle, daß die jährliche Arbeitsperiode noch nicht einmal 9 Monate andauere. Treffe dann noch Einen oder den Anderen irgend ein Unglück, z. B. Krankheits- oder Sterbefälle in der Familie, dann sei der Betreffende rettungslos dem Elende preisgegeben. Als bedeutendstes Mittel, diese Lage aufzubessern, sei die Verkürzung der Arbeitszeit anzusehen, und die Erreichung dieses Mittels sei nur durch eine feste Vereinigung zu erzielen, welche unverrückt auf das gesteckte Ziel lossteuere. Ein weiteres Mittel, den Gedanken der Vereinigung unter den Kollegen zu wecken und zu verbreiten, sei die Arbeiterpresse, deren Verbreitung nicht genug empfohlen werden könne, insbesondere sei den Maurern die Lektüre des „Grundstein" an's Herz zu legen, der nach Kräften die Arbeiter aufzuklären bestrebt sei und in wirthschaftlichen Dingen die beste Belehrung biete. Nach Beendigung des Vortrages beschloß die Versammlung einstimmig, einen Verein zu gründen, wozu sich sofort 36 Mann einzeichneten. Bei der darauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden gewählt die Kollegen: Pechel, Vorsitzender, Stegmann, Stellvertreter, Selt, Kassirer, Reimers, Stellvertreter, Lüneburg, Schriftführer; ferner als Revisoren die Kollegen Schoff und Leow. Hierauf machte der Vorsitzende die Versammlung aufmerksam, daß es nothwendig sei, sich mit den Zimmerern in Verbindung zu setzen, was einstimmig angenommen wurde. Alsdann fand die Wahl einer Lohnkommission statt, welche gemeinschaftlich mit den Zimmerern mit den Meistern unterhandeln soll um 10stündige Arbeitszeit bei 30 ₰ Lohn pro Stunde. Hierauf ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, fest zusammenzuhalten und schloß dann die Versammlung um 9 Uhr.

Celle. Am 13. Januar fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer und Steinhauer von Celle statt mit der Tagesordnung: 1. Sonntagsarbeit. 2. Obligatorische Einführung des „Grundstein". 3. Besprechung über die Lohnkommission. 4. Verschiedenes. Im 1. Punkt der Tagesordnung tadelte der Vorsitzende, daß immer wieder von verschiedenen Kollegen des Sonntags gearbeitet werde; man möge doch endlich die Schädlichkeit der Sonntagsarbeit einsehen und dieselbe unter allen Umständen vermeiden. Zum 2. Punkt wurde, nachdem von mehreren Kollegen der Zweck und Nutzen der obligatorischen Einführung des „Grundstein" klargelegt worden war, einstimmig demgemäß beschlossen. In Bezug auf den dritten Punkt wurde beschlossen, die Wahl einer Lohnkommission einer öffentlichen Versammlung zu überlassen, welche sobald als möglich stattzufinden habe. Zum Schluß wurde von verschiedenen Kollegen der Wunsch ausgesprochen, daß der „Grundstein" bequemerer Handhabung halber vierseitig erscheinen möge. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Hagenow. Am 5. Januar fand hier im Menk'schen Lokale eine öffentliche Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins statt mit der Tagesordnung: 1. Einnahme der monatlichen Beiträge. 2. Der Werth der Arbeitszeitverkürzung. 3. Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten Punktes erläuterte der Vorsitzende in einem längeren Vortrage die Bedeutung und den Werth der Arbeitszeitverkürzung sowohl in sanitärer als auch in sozialökonomischer Hinsicht. In der Diskussion brach Herr Zasse eine Lanze für die Ueberstundenarbeit, indem er klarzulegen suchte, daß sparsame Kollegen aus dem Lohnbetrage für die im Sommer gearbeiteten Ueberstunden ein erkleckliches Sümmchen für den Winter zurücklegen könnten, welches sie in der Zeit der Arbeitslosigkeit vor Mangel schütze. Der Vorsitzende widerlegte die Meinung des Vorredners in treffenden Ausführungen und bewies, daß gerade die Pflege der Ueberstundenarbeit eine der Hauptursachen zur Niederhaltung der Löhne bilde. Zum dritten Punkte der Tagesordnung legte der Vorsitzende den Anwesenden an's Herz, an der Organisation festzuhalten, und sich weder durch Schmeicheleien noch durch Drohungen seitens der Meister von derselben abspenstig machen zu lassen. Zum Schluß erfolgte noch die Mahnung zum Abonnement auf den „Grundstein". — Am 12. Januar wurde wiederum eine Versammlung abgehalten, in welcher der Vorsitzende berichtete, daß die Meister den Lohn von M. 3 wohl bewilligt hätten, jedoch nicht die 10stündige Arbeitszeit, womit sich die Versammlung jedoch nicht einverstanden erklärte, sondern an der gestellten Forderung festzuhalten beschloß. Es wurde dann berichtet, daß mehrere Mitglieder der Lohnkommission, die bekanntlich den Meistern die Forderungen überreicht haben, bereits gemaßregelt seien, und zwar, wie einelne Meister sich ausgelassen haben, zu dem Zwecke, den Fachverein durch solche Maßregeln zu sprengen. In Stelle eines der Gemaßregelten ist der Maurer Friedrich Johannis aus Wusterhausen a. d. Dosse eingestellt, der sich bisher noch an keiner Organisation betheiligt hat. Die Versammlung sprach die entschiedenste Mißbilligung über die Handlungsweise des Genannten aus. Ferner wurde berichtet, daß das Kommissionsmitglied C. Wulf sen. seinem Meister gegenüber erklärt habe, er (das Kommissionsmitglied) sei bereits aus dem Verein ausgetreten, worauf der Meister ihn sofort wieder beschäftigt habe. Der Genannte habe dieses bestritten, es sei jedoch durch den betreffenden Meister die Wahrheit des oben Mitgetheilten bestätigt. Der Vorsitzende unterwarf solches Gebahren einer vernichtenden Kritik und beantragte den Ausschluß wegen des organisationswidrigen Verhaltens, welchem die Versammlung beistimmte, worauf Schluß der Versammlung erfolgte. Vor Zuzug nach Hagenow wird gewarnt.

Kröpelin i. Mecklenb. Am Sonntag, den 22. Dezember, hielten die Maurer von Kröpelin und Umgegend eine öffentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Zweck und Ziele der Fachvereine. Herr Kandt aus Rostock legte uns in längerer Rede die Tagesordnung klar, worauf der Vorsitzende die Anwesenden

aufforderte, sich zu erklären, ob sie gewillt seien, einen Verein zu gründen, was einstimmig bejaht wurde. Es zeichneten sich sofort 23 Kollegen in die ausgelegte Liste ein. Hierauf wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten und die Herren Lange als erster Vorsitzender, West als Kassirer und Förster als Schriftführer gewählt, welche zugleich beauftragt wurden, mit folgender Forderung an die Maurermeister heranzutreten: 10stündige Arbeitszeit bei 30 ₰ Stundenlohn.

Uelzen. Am 5. Januar, Nachmittags 3 Uhr, fand die Hauptversammlung des Fachvereins der Maurer von Uelzen und Umgegend statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Nachdem der Kassirer die Jahresabrechnung verlesen hatte und dieselbe von den Revisoren und der Versammlung für richtig befunden war, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt: als erster Vorsitzender F. Schulz, zweiter Vorsitzender H. Hamberg, als erster Schriftführer H. Cordes, zweiter Schriftführer A. Hövermann, als erster Kassirer H. Oetke, zweiter Kassirer H. Roetke. Im „Verschiedenen" wurde beschlossen, die Meister aufzufordern, auf jedem Bau eine den Witterungsverhältnissen entsprechende dichte Baubude zu errichten sowie die Unfallverhütungsvorschriften in derselben sichtbar aufzuhängen. Nach Erledigung einiger innerer Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung um 7 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Neustadt i. Mecklenb. Am 12. Januar, Nachmittags 5 Uhr, fand die erste Mitgliederversammlung der freien Vereinigung der Maurer von Neustadt und Umgegend statt, in welcher zunächst die Ausgabe der Mitgliedskarten stattfand. Hierauf wurde ein Artikel aus dem „Grundstein" verlesen und vom Vorsitzenden das Abonnement auf dieses Blatt als bestes Aufklärungsmittel über Arbeiterverhältnisse warm empfohlen. Nach Erledigung einiger innerer Vereinsangelegenheiten erfolgte alsdann der Schluß der Versammlung um 8 Uhr Abends.

Naumburg a. S. Am Dienstag, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, tagte hier im Knöri'schen Lokale eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die gewerkschaftliche Organisation und ihre Gegner. 2. Die Bedeutung der Arbeiterpresse. Das Bureau bestand aus den Herren Panse, Vorsitzender, Fritsche, Stellvertreter, Fürstenhaupt, Schriftführer. Der Referent, Kollege Bayer aus Leipzig, referirte in zu. zweistündigem Vortrage unter allgemeinem Beifall über die Tagesordnung, beleuchtete alsdann noch die Aufgaben und den Werth der Statistik und trat für die Ausführung des auf dem vorjährigen internationalen Kongreß in Paris gefaßten Beschluß, den 1. Mai 1890 als Feiertag zu betrachten, ein. Die an der Diskussion theilnehmenden Redner stimmten sämmtlich dem Referenten zu, worauf folgende Resolution einstimmig von der Versammlung angenommen wurde: „Die heutige öffentliche Maurerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und spricht sich dahin aus, den 1. Mai d. J. als Ruhetag einzuführen und zu diesem Tage eine öffentliche Maurerversammlung abzuhalten." Nach einem anregenden Schlußwort des Referenten erfolgte alsdann der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Stolp i. Pommern. Am 10. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung der Maurer von Stolp und Umgegend statt, an welcher zirka 120 Personen theilnahmen. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. 2. Der Werth des Koalitionsrechts. Ueber beide Punkte referirte Herr Limbach aus Hamburg unter allgemeinem Beifall seitens der Versammlung, worauf beschlossen wurde, auch hierorts mit der Gründung eines Fachvereins nicht länger zu säumen. Es wurde dann ein provisorischer Vorstand gewählt, welcher mit der Ausarbeitung eines Statuts beauftragt wurde, welches einer demnächst stattfindenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen ist. Die Wahl fiel auf die Kollegen W. Carsten, Neumann, Glinke und G. Retthammel. Zum Schlusse erläuterte der Referent noch die Wichtigkeit der Arbeiterpresse für die Bewegung und forderte zu regem Abonnement auf den „Grundstein" auf, welchem Appell 23 Mann Folge leisteten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. O. Eine öffentliche Versammlung der Maurer von Frankfurt a. O. tagte am 12. Januar Nachmittags in „Neu-Karthaus". Nach vollzogener Bureauwahl sprach der Vorsitzende sein Bedauern über den gerade nicht zahlreichen Besuch aus. Herr Limbach aus Hamburg sprach sodann über das Thema: „Das Koalitionsrecht und die Innungen." Redner führte aus, es scheine, als ob das Koalitionsrecht und die Innungen nicht in Einklang zu bringen seien, trotzdem sei das aber der Fall. Auf Grund des § 152 der Reichsgewerbeordnung seien Vereinigungen der Arbeiter und Unternehmer gestattet, es gäbe kein Recht, dieses Gesetz anzugreifen. Das geschehe aber jetzt, nachdem die Arbeiter von diesem Gesetze in ausgedehntem Maße Gebrauch gemacht hätten. Systematisch werde das Vereinigungsrecht in den Innungen und auch in den Zeitungen bekämpft. Die Bestrebungen der Arbeiter habe man als sozialdemokratische hingestellt, um darzuthun, daß der § 152 für sie nichts zu gelten habe. Den Innungen sei jedoch nicht gelungen, dies Gesetz zu verunglimpfen und es scheine auch, daß dies ihnen in Zukunft nicht gelingen werde, denn alle reaktionären Angriffe seien noch immer abgeschlagen worden. Den Arbeitern läge die Pflicht ob, dies Gesetz mit aller Kraft zu vertheidigen. Die durch das Gesetz im § 153 gezogenen Grenzen seien von den Arbeitern nicht überschritten worden, wohl aber von den Innungen durch Einführung schwarzer Listen, Verrufserklärung 2c. Nachdem aber die Gerichte solches nicht für strafbar erklärt, hätten auch die Arbeiter-Organisationen dasselbe Recht, da vor dem Gesetze alle Bürger des Staates gleich seien. Die Innungen hätten den Kampf gegen die Arbeiter-Organisationen eröffnet, welche selbst mit den bescheidensten Lohnforderungen bei den Innungen absolut kein Entgegenkommen fanden. In den weitaus meisten Fällen seien die Ansprüche der Arbeiter abgewiesen worden. Die Lösung der Lohnfrage sei daher auf friedlichem Wege nicht möglich, wodurch die Arbeiter veranlaßt würden, sich fester zusammenzuschließen, damit sie eine Achtung gebietende Macht bilden. Man solle nicht aufhören zu agitiren, sei es auf der Baustelle oder in Freundeskreisen, was Jedem erlaubt sei. Bei einer energischen Agitation werde dann auch ein guter Erfolg nicht ausbleiben, und das Koalitionsrecht werde den Arbeitern erhalten bleiben. Die ungeheuren Fortschritte auf dem Gebiete der Technik und die daraus hervorgegangenen Umwälzungen hätten Verhältnisse geschaffen, welche die Arbeiter veranlassen müßten, sich vor dem Gespenst des Hungers zu schützen. Alle vorhandenen mildthätigen Stiftungen und die anerkannt umfassende Privatwohlthätigkeit könnten aller Noth nicht steuern. Aus eigener Kraft heraus müßten die Arbeiter sich bestreben, die Koalitionen zu hegen und zu pflegen, und zu trachten, sich Kenntnisse und Wissen anzueignen. Das Organ der Maurer „Der Grundstein" biete dazu Gelegenheit, dieses habe viel zur Hebung der Organisation der Maurer beigetragen. Man sehe ja, daß das Kapital sich konzentrirt habe und folglich sei es nothwendig, daß auch die Arbeiter sich koaliren, um höhere Löhne zu erreichen und eine bessere Lebenshaltung zu gewinnen. Bei der bevorstehenden Reichstagswahl könnten die Arbeiter ebenfalls ihr Recht bethätigen. Wie das Kapital international sei, sei es auch die Arbeit, aber sehr schlimm würde es sein, wenn die große Masse von dem friedlichen Wege ab auf den der Explosion gerathe und ein Weltbrand entstehe, der gerade für die Arbeiter die schwersten Folgen haben müßte. Bezüglich des Vereins- und Versammlungs-Gesetzes verlange man ein allgemein gültiges in ganz Deutschland, damit dasselbe nicht wie jetzt in den verschiedenen Bundesstaaten anders gehandhabt werde. Das Programm der Künstler für die Reichstagswahlen sei auf dem siebenten allgemeinen Handwerkertage dahin festgestellt worden, nur für solche Kandidaten zu stimmen, welche die gefaßten Beschlüsse dieser Versammlung durchzuführen sich verpflichteten. Diese Beschlüsse seien nur im Interesse der Innungen gefaßt, und es werde u. A. auch die Vernichtung des Koalitionsrechtes gefordert. In der Diskussion bedauerte Herr Krüger, daß es mit der Koalition der Maurer in Frankfurt noch traurig bestellt sei, denn zwei Vereinsversammlungen hätten wegen mangelhaften Besuchs nicht eröffnet werden können. Der Vorsitzende berichtete dann, daß auf die Forderung der Lohnkommission, M. 4 Minimallohn pro Tag, an die Meister, von diesen bis heute eine Antwort nicht eingegangen sei. Angenommen wurde eine Resolution des Inhalts, die Versammlung erkläre sich mit den Ausführungen des Herrn Limbach einverstanden und auch damit, daß sie die ihr gegebenen gesetzlichen Rechte voll und ganz in Anspruch nehme. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Das Resultat unserer Bewegung," bemerkte Herr Limbach, nach der allgemeinen Muthlosigkeit im Jahre 1878 sei doch wieder ein Fortschritt zu verzeichnen, ein frischer Hauch zeige sich in der heutigen Bewegung. Augenblicklich sei die Situation in ihren Resultaten zufriedenstellend. Zu dem demnächstigen Kongresse der Maurer werde eine umfangreiche Beschickung erwartet. Der letzte Kongreß habe eine Vertretung von 115 Orten mit 80 000 Maurern gezeigt. Für die Folge würde man trachten, in der Lohnbewegung mit einheitlichem Plane und in strammer Disziplin vorzugehen und Streiks nur da einzuleiten, wo durch Verhandlungen absolut nichts zu erreichen sei. Der Statistik werde der nächste Kongreß mehr denn je sein Augenmerk zuwenden, um die Wahrheit der Lohn- und Lebensverhältnisse der Arbeiter darthun zu können; für eine durchgreifende Agitation würden keine Mittel gespart werden. Man werde so lange kämpfen, bis die in Deutschland arbeitenden 300 000 Maurer vereinigt sein werden. Der eingebrachte Antrag, den 1. Mai d. J. auch in den Kreisen der Maurer Frankfurts als Festtag zu feiern, den Herr Limbach warm befürwortete, wurde für die nächste Versammlung vertagt. Zum Schlusse empfahl der Vorsitzende den Anwesenden, am 20. Februar energisch für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei eintreten zu wollen. Behufs Regelung des Säulenanschlages wurde eine Kommission gewählt, die mit Herrn Noske unterhandeln soll. Nachdem alsdann noch Kollege Hänsel die dringende Aufforderung an die anwesenden Nichtabonnenten des „Grundstein" gerichtet hatte, endlich aus ihrer Lethargie zu erwachen und sich durch das Lesen dieses Blattes, welches er den Abonnenten gerne in's Haus liefern werde, über das Wachsthum der Maurerbewegung in Deutschland zu informiren, schloß der Vorsitzende um 5½ Uhr mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation die Versammlung.

Maurer und Zimmerer.

Winsen a. d. Luhe. In der am 5. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Fachvereins der Maurer und Zimmerer fand nach der um 3 Uhr Nachmittags vorgenommenen Eröffnung zunächst die Aufnahme neuer Mitglieder, und zwar sieben Zimmerer und ein Maurer, statt. Alsdann referirte der Vorsitzende, Herr Winkelmann, über das Thema: „Die Unwissenheit und Unaufgeklärtheit der Menschheit im Allgemeinen." Redner führte aus, daß es ein altes Erbübel der geistig Blinden sei, daß sie Jeden, der gegen soziales Elend muthig kämpft und dabei den Glauben an eine bessere Zukunft offenbart, oder gar ein Bild hiervon entwirft, verhöhnen als thörichten, gottlosen Menschen. Ferner führte Redner aus, daß die Mehrzahl dieser Menschen sich unter Bezug auf die Religion auf den „göttlichen Weltplan" berufe, worin Gott es so, wie es ist, gefügt habe und Jeder sein Schicksal mit Ergebung tragen müsse. Die Geschichte beweise jedoch die Vernunftwidrigkeit dieser Ansichten; die Geschichte, von Anfang an bis auf den heutigen Tag, offenbare uns der Menschheit stetes Ringen gegen soziale Unvollkommenheiten. Dann erläuterte Redner, daß man unter dem Ausdrucke „Soziales Elend" alles körperliche und geistige Siechthum verstehe, Noth, Mangel an Erziehung, Verbrechen, Laster, Wahnsinn und Selbstmord usw., und daß alle diese Schäden durch Mangel an den nothwendigsten materiellen Mitteln entständen. Denn wenn der Arbeiter seiner Arbeit gemäß verdiene und nicht eine zu lange Arbeitszeit hätte, würden solche Schäden nicht existiren. Die Hauptwaffe gegen diese Schäden müsse die Verkürzung der Arbeitszeit sein; finde diese statt, dann könne man mehr lesen und sich überhaupt mehr Aufklärung verschaffen. Zum Schluß trat Redner noch kräftig für das Abonnement auf den „Grundstein" ein, was jedoch nichts fruchtete, da sich Niemand in die Abonnentenliste einzeichnen ließ. Schluß der Versammlung 5½ Uhr.

Neubrandenburg. Ueber die Bewegung unter den Maurern am Orte ist leider nicht viel Gutes zu berichten. Bei der Gründung des Fachvereins hatten sich 32 Kollegen zur Theilnahme unterschrieben, jedoch hat die größere Hälfte derselben ihr Wort bisher nicht eingelöst, so daß der Verein ohne Einfluß und Bedeutung ist. Die Arbeitsaussichten sind flau, so daß wohl die Mehrzahl der hier wohnenden zirka 70 Kollegen außerhalb Beschäftigung suchen muß. Die Zimmerer sind im Verhältniß besser organisirt; dieselben haben eine Mitgliedschaft des Verbandes gegründet, welcher beinahe sämmtliche am Orte befindlichen Zimmerer angehören und gehen geschlossen vor. Sie haben als Forderung die zehnstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 30 ₰ aufgestellt; außerdem verlangen sie bei Landarbeit ein für den Aufenthalt von Menschen brauchbares Logis mit Betten bezw. Decken und reiner Bettwäsche. Durch dieses Vorgehen ermuthigt, haben nun auch die Maurer dieselbe Forderung gestellt. Da aber wegen der schlechteren Organisation derselben an ein geschlossenes Vorgehen wohl nicht gedacht werden kann, so wird es wahrscheinlich zu einer partiellen Arbeitseinstellung im Anfang Mai kommen, indem der größere Theil der zur Organisation Geneigten abreisen und der kleinere eine Baugenossenschaft am Orte bilden wird. Im vergangenen Sommer wurde eine Sammlung zur Unterstützung der streikenden Berliner Kollegen veranstaltet, welche jedoch nur einen geringen Ertrag hatte, indem sich nur eine kleine Anzahl der hiesigen Kollegen daran betheiligte, welche freilich gerne ihren Verhältnissen entsprechend zur Sammlung beitrugen. Der Ertrag derselben wurde direkt nach Berlin geschickt. Es muß jedoch auch berichtet werden, daß ein hiesiger Unternehmer (Zimmerer) sich zur Anwerbung von Maurern und Zimmerern als Streikbrecher und zwar nicht ohne Erfolg hergab. — Im Weiteren wäre noch mitzutheilen, daß die organisirten Zimmerer im Laufe des vergangenen Sommers eine Wasserpartie nach dem Bredower Holze mit darauffolgendem Ball im Lokale des Herrn Pritzkow arrangirten; das Fest verlief in musterhafter Weise und war recht gut besucht. — Auch der Maurerfachverein hielt im Lokale des Herrn Kreibig ein Vergnügen ab, dessen Glanzpunkt eine Reihe deklamatorischer Vorträge bildete. Die Theilnehmer blieben in heiterster Stimmung bis zum frühen Morgen beisammen; auch muß lobend erwähnt werden, daß dieses Fest ausnahmsweise ohne jede unliebsame Unterbrechung verlief, was hierorts viel sagen will. — Ein andermal mehr.

Dessau. In Nr. 104 der „Baugewerks-Zeitung" haben unsere Herren Meister und Unternehmer eine Notiz über die hiesigen Maurer und Zimmerer veröffentlicht, welche der Wahrheit nicht entspricht. Es heißt da, die Maurer und Zimmerer hätten einen Lohntarif an die Meister eingesandt, laut welchem sie vom 1. April 1890 einen Minimallohn von 40 ₰ pro Stunde verlangen, hätten aber nicht einmal eine Lohnkommission bekannt gemacht. Deshalb hätten es die Meister nicht für gut erachtet, mit der Lohnkommission zu unterhandeln; übrigens wäre auch in den großen Städten in Deutschland nicht viel Arbeit vorhanden, demnach würde hier am Orte der Lohn eher noch sinken, als auf 40 ₰ pro Stunde steigen, zumal ihnen (den Meistern) diese Forderung für Dessau ein bischen hoch vorkomme; sie wollen deshalb die Zeit abwarten. — Wir wollen diese Notiz hiermit richtig stellen. Die Maurer und Zimmerer haben nämlich Lohntarife mit Namensunterschrift drucken lassen und vor sechs Wochen den Meistern und Unternehmern zugesandt; nun schreien Letztere in die Welt hinaus, es wären Ihnen Lohntarife zugesandt und noch nicht einmal eine Lohnkommission angegeben, weshalb sie es nicht für nöthig halten, mit derselben zu unterhandeln. Was nun den Lohntarif der Maurer betrifft, so hat die Lohnkommission sogar noch ein Begleitschreiben beigelegt, in welchem die Bitte an die Meister und Unternehmer ausgesprochen ist, doch mit der Lohnkommission zu unterhandeln und ferner auch die ausführliche Adresse des Vorsitzenden der Lohnkommission angegeben ist. Es beruht also die erwähnte Notiz auf Unwahrheit; die Meister wollten nicht mit der Lohnkommission unterhandeln, weil diese Forderung ihnen zu hoch vorkommt. Nun, Ihr Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer, gebt hierauf die treffende Antwort! Zeigt, daß Ihr einig seid und Eure Forderung gerecht ist! Tretet Alle, die Ihr der Organisation noch fern steht, bei, und leset fleißig unser Fachblatt „Der Grundstein", damit wir vereint dastehen. Dann muß uns unsere Forderung bewilligt werden!

Briefe und Anfragen sind zu richten an Gustav Richter, Vorsitzender der Lohnkommission, Bauhofstraße.

„Der Grundstein" ist zu beziehen für Dessau und Umgegend beim Kollegen Wilh. Wittig, Leipzigerstraße 20, 1. Etage.

Der neu gewählte Vorstand der Unterstützungskasse der Maurer für Dessau und Umgegend besteht jetzt aus den Kollegen: Franz Zien, erster Vorsitzender; Otto Stellbogen, zweiter Vorsitzender; Friedr. Lauc, erster Kassirer; Franz Voigt, zweiter Kassirer; Carl Woche, erster Schriftführer; Herm. Ludwig, zweiter Schriftführer; Herm. Stieler, Herm. Meser und Friedr. Rödiger Revisoren. Anfragen an den Vorstand sind zu richten an Franz Zion, Chaponstraße 29.

Teßin in Mecklenburg. Am Sonntag, den 5. Januar, hielten hier die Maurer und Zimmerer eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: Einheitliches Vorgehen in der Frage der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Die Versammlung beschloß,

da die Maurer am 2. November 1889 den Maurermeistern die Forderung von M. 3 pro Tag bei elfstündiger Arbeitszeit zugestellt haben (bis jetzt stand der Lohn auf M. 2.25—2.75), bei dieser Forderung stehen zu bleiben. Würden wir eine Arbeitszeitverkürzung in diesem Jahre vornehmen, so würden wir trotz der guten Organisation am Orte dennoch auf großen Widerstand stoßen, da die Kollegen aus unseren Nachbarstädten Gnoien, Sülze und Marlow uns große Konkurrenz machen. Wir müssen deswegen die Verkürzung der Arbeitszeit für dies Jahr auf sich beruhen lassen. Wir bitten daher die Geschäftsleitung in Hamburg, für die Städte Sülz und Marlow besonders etwas zu thun, da es bei uns an Rednern fehlt. Schluß der Versammlung 9 Uhr.

Bauhandwerker.

Tangermünde. Am 13. Januar, Abends 7½ Uhr, fand im Schützenhause eine öffentliche Versammlung der Maurer resp. der Bauhandwerker statt mit der Tagesordnung: Die Gewerkschaftsorganisation und ihre Bedeutung. Die Versammlung war den hiesigen Verhältnissen nach gut besucht. In das Bureau wurden gewählt die Herren G. Reich, Zimmerer; G. Klinkau und A. Stübing, Maurer. Nach kurzer Einleitung seitens des Vorsitzenden erhielt Herr Lorenz aus Hamburg das Wort, welcher in seinem Vortrage über den Zweck und Nutzen der Organisation klar und deutlich nachwies, daß nach den heutigen Verhältnissen, bei den immer mehr und mehr steigenden Preisen der Nahrungsmittel und Wohnungsmiethen unser Lohn zu gering sei, daß es aber andererseits vereinzelt nicht möglich sei, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Redner äußerte vergleichsweise, vereinzelt wären wir eine Heerde Schafe ohne Hirten, darum sei es nöthig, eine stramme Organisation zu haben. Diese fänden wir, wenn wir Alle für Einen und Einer für Alle eintreten, damit wir so viel vom Leben haben, um dasselbe menschenwürdig führen zu können. Redner ermahnte die anwesenden Maurer, der Organisation beizutreten, da von den am Orte befindlichen 80 Maurern nur 17 der Organisation angehören, und empfahl hauptsächlich, den „Grundstein" zu lesen. Der Vortrag des Herrn Lorenz wurde mit großem Beifall aufgenommen und schloß der Vorsitzende um 9½ Uhr die Versammlung. Wie es scheint, hat der Vortrag doch etwas Wurzel geschlagen, geht es auch langsam — wir werden vorwärts streben. „Vorwärts" sei unser Losungswort.

Waldenburg i. Schl. Am 16. Januar, Abends 8 Uhr, fand im Lokale des Herrn Kügler hierselbst eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Herr Eckstein aus Zwickau in einem 1½stündigen Vortrage über die Gewerkschaftsbewegung unter großem Beifall der stark besuchten Versammlung referirte. Die Absicht, mit der längst geplanten Gründung eines Fachvereinigung vorzugehen, konnte jedoch leider nicht ausgeführt werden, da der die Versammlung in höchsteigener Person überwachende Bürgermeister einen vom Vorsitzenden gestellten Antrag auf Vornahme einer Tellersammlung zur Deckung der Tageskosten nicht nur allein verbot, sondern auch in demselben einen Grund zur Auflösung der Versammlung gefunden zu haben glaubte.

Helmstedt. Am 6. Januar fand hier eine Bauhandwerkerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Das Koalitionsrecht der Arbeiter. 2. Die Bedeutung der Arbeiterpresse. Das Bureau wurde zusammengesetzt aus den Herren Weferling, Vorsitzender, Täger, dessen Stellvertreter und Heine, Schriftführer. Herr Staningk aus Hamburg referirte in einem sehr ausführlichen Vortrage zunächst über den ersten Punkt der Tagesordnung in zirka einstündiger Rede, welche von der Versammlung mit begeisterter Zustimmung aufgenommen wurde. Nach kurzer Pause referirte derselbe Redner über den Werth und die Bedeutung der Arbeiterpresse und verglich dabei unter Anderem die Verhältnisse der englischen Arbeiter in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts mit den jetzigen. Zum Schluß empfahl Redner den Anwesenden der verschiedenen Branchen die bezüglichen Fachorgane. Nachdem alsdann der stellvertretende Vorsitzende die Versammlung ermahnt hatte, bei der bevorstehenden Reichstagswahl nur solchen Kandidaten die Stimmen zu geben, die für unbedingte Aufrechthaltung des freien Koalitionsrechtes der Arbeiter einzutreten sich verpflichten, schloß der erste Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung.

Hirschberg i. Schl. Am 10. Januar, Abends 8 Uhr, tagte im Gasthofe „Zum schwarzen Roß" eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung mit der Tagesordnung: 1. Das Koalitionsrecht der Arbeiter. 2. Die Arbeitseinstellungen und deren Verhütung. 3. Verschiedenes. In das Bureau wurden gewählt die Herren: Kühn als erster, Krebs als zweiter Vorsitzender und Baudach als Schriftführer. Das Referat hatte Kollege Eckstein aus Zwickau übernommen. Der Referent schilderte in einem sehr verständlichen Vortrage die Entwickelung des Handwerks vom Mittelalter bis zur heutigen Zeit und hob hervor, daß die Löhne nicht Schritt gehalten haben mit den Steigerungen der Lebensmittelpreise. Daher sei der heutige Arbeiterstand in Noth und Entbehrung versetzt worden, wodurch derselbe immer mehr und mehr zurückgehe und leistungsunfähiger werde. Diesem Uebelstande könne nur durch eine kräftige Organisation der Arbeiter entgegengetreten werden, welche den Arbeiter, der alle Produkte erzeugt, in die Lage bringt, daß er seine Arbeitskraft nicht nach Willkür der Unternehmer für jeden beliebigen Preis abzugeben braucht, sondern den Preis seiner Arbeitskraft dem Werthe der von ihm geleisteten Arbeit entsprechend festsetzt. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung legte Redner den Anwesenden die nachtheiligen Folgen der Arbeitseinstellungen klar und warnte vor unüberlegtem Vorgehen. Wenn die Unternehmer aber durchaus provoziren, dann müßte mit größtem Nachdruck für Besserung der Lage eingetreten werden. Wo das bischen Brot fehle, den Hunger zu stillen, da käme es leicht zu Ausschreitungen. Diesen Ausschreitungen könne nur durch eine gute Organisation entgegen getreten werden. Redner wies dabei auf den westfälischen Kohlenarbeiterstreik hin, wo die Ausschreitungen auch nur in der Zerfahrenheit und Unwissenheit der Arbeiter ihre Ursache gehabt hätten. Auch sei es nothwendig, daß gesetzlich Arbeiterkammern eingeführt würden, welche die Rechte der Arbeiter zu vertreten haben. Zum dritten Punkte unterzog Herr Rojemann das Schmarotzerthum, welches unter den hiesigen Kollegen noch stark vertreten ist, einer vernichtenden Kritik, auch wurde der frühere Innungsrummel einer gebührenden Beleuchtung unterzogen. Zuletzt empfahl Redner noch den „Grundstein" als geistiges Bildungsmittel für die Maurer. Mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung wurde die Versammlung vom Vorsitzenden um 9½ Uhr geschlossen.

Münden i. H. In der am 12. Dezember v. J. abgehaltenen öffentlichen Versammlung der hiesigen Bauhandwerker referirte Herr Paul aus Hannover über das Thema: „Die Bildung ist eine Grundbedingung zum Wohlergehen des Arbeiterstandes". Ferner hielt der Referent einen lehrreichen Vortrag über Organisation, in welchem die Anwesenden zur Einigkeit und Standhaftigkeit ermahnt wurden. Die Versammlung beschloß alsdann, für das Jahr 1890 die Forderung folgender Lohnerhöhung zu stellen: für die Maurer statt M. 3,20 pro Tag M. 3,50 und für Zimmerer statt M. 2,80 pro Tag M. 3. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zu regem Abonnement auf den „Grundstein" auf.

Eingesandt.

Zum Streik der vereinigten Schiffszimmerleute Hamburgs und Umgegend.

Daß durch Brüderlichkeit Alles errungen werden kann, beweist dieser Streik. Die Mittel, welche vorhanden, waren nicht der Rede werth, wenn wir nicht die feste Ueberzeugung gehabt hätten, daß sämmtliche Gewerkschaften sich mit uns solidarisch erklären würden, und wir sind hierin auch nicht getäuscht worden, indem jetzt, nach über zehnwöchentlicher Dauer, der Muth doch noch nicht gesunken ist. Die Unternehmer bezeigen eine Hartnäckigkeit, wie kaum je zuvor. Die vielgepriesene Harmonie zwischen Kapital und Arbeit hat wieder einmal Schiffbruch gelitten, indem nach siebenzehnjähriger Ruhe die Werftbesitzer um so schroffer hervortreten. Dies Exempel mag für Manchen, welcher noch dem Harmoniedusel huldigt, zur Beherzigung dienen. Holländer und Schweden sind schon verschiedene importirt, zum Schaden des hiesigen Geschäfts. Die Qualität der am Platze gelieferten Arbeit ist immer sehr gerühmt worden, hauptsächlich in Bezug auf Holzbau, während die qualitative Leistung der jetzt Angeworbenen gleich Null ist. Dies mag vielleicht für den Fabrikanten gleichgültig sein, ein Anderer bekommt ja das Fabrikat. Wir haben die hiesige Handelskammer um Vermittelung ersucht und dieselbe war auch dazu erbötig, falls die Werftinhaber ebenfalls den Wunsch äußerten, daß sie als Schiedsgericht fungiren möge; die Herren Werftinhaber haben dies aber für unpraktisch befunden. Bei der letzten Zusammenkunft im Patriotischen Hause wurde das frühere Anerbieten von 46 ₰ pro Stunde Sommer und Winter, oder 45 ₰ pro Stunde im Sommer und 48 ₰ pro Stunde im Winter, wieder gestellt, von uns aber abgelehnt. Dagegen wurde in der letzten Versammlung der Schiffszimmerleute 50 ₰ Stundenlohn mit großer Majorität angenommen. Wir meinen, bis soweit unsere Schuldigkeit gethan zu haben. Hinsichtlich der Verpflichtungen, welche uns dieser Streik auferlegt, werden wir dieselben in jeder Weise wieder wett zu machen suchen.

Die Streikkommission.

An alle Steinhauer Nürnbergs!

Seit einiger Zeit sucht man unter den hiesigen Steinhauern durch Berliner Meister Steinhauer anzuwerben und werden sehr hohe Löhne, sogar von 9 Mark pro Tag, versprochen. Wir warnen hiermit alle Steinhauer vor dieser Falle, denn wenn die Berliner Unternehmer pro Tag 9 Mark zahlen wollten, so würden sie in Berlin genug geschickte Steinhauer finden. Aber die Sache hat ihren Haken; die Berliner Kollegen haben eben eine Forderung an ihre Meister gestellt, nämlich achtstündige Arbeitszeit mit Beginn des Frühjahrs einzuführen und da es infolgedessen wahrscheinlich wieder zum Streik kommen wird, so suchen die Berliner Unternehmer süddeutsche Arbeiter zu importiren, um erfolgreicher den Ansturm der Berliner Kollegen pariren zu können. Wir richten daher an alle Kollegen das Ersuchen, den Berliner Kollegen gegenüber sich solidarisch zu zeigen und ihnen nicht durch Annahme von Arbeit den ohnedies schwierigen, aber grechten Kampf erschweren zu wollen.

Mehrere Steinhauer.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten.

Altona, G. Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft ist entstanden auf Grund des Bauunfallversicherungsgesetzes vom 11. Juli 1887. — Die Zahl der Berufsgenossenschaften beläuft sich auf 86, davon sind 64 gewerbliche und 22 landwirthschaftliche. — Die Zahl der in allen diesen Berufsgenossenschaften versicherten Personen belief sich nach den letzten amtlichen Ausweisen auf 9 897 428.

Danzig, H. Wir bitten, doch auf die im Blatte enthaltenen Bekanntmachungen, besonders in Betreff der Adressirung der Geldsendungen zu achten.

Naumburg, P. Müssen wir Ihnen gegenüber denn auch noch die Mahnung wiederholen, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben und als Schreibmaterial Tinte anstatt des Bleistiftes zu benutzen? Erschweren Sie uns denn doch nicht unnützerweise die Arbeit.

Bergedorf, K. Wir bitten, auf dem zum Manuskript verwendeten Papier einen mindestens fünf Zentimeter breiten Rand freizulassen, sowie die Abkürzungen der einzelnen Worte zu vermeiden. Die Setzer bringen nur das zu Papier, was auf dem Manuskripte geschrieben steht.

Anzeigen.

Mit Bezug auf die in Nr. 51 und 52 des vorigen Jahrganges veröffentlichten Bezugsbedingungen ersucht die unterzeichnete Expedition diejenigen Einzelabonnenten, sowie diejenigen Verbreiter des Blattes, welche weniger als 5 Exemplare beziehen, die den Betrag für das erste Quartal d. J. noch nicht entrichtet haben, denselben bis spätestens den 27. Januar entweder in Baar oder in Postwerthzeichen einzusenden, widrigenfalls die weitere Zusendung des Blattes eingestellt wird. Auch macht die Unterzeichnete wiederholt darauf aufmerksam, daß die Abonnementsbeträge nur an die Adresse: J. Staningk, Hamburg, Gr. Theaterstraße 44, 1. Etg., zu senden sind, da die Absendung an anderweitige Adressen leicht zu Irrthümern führt.

Mit kollegialischem Gruß

Die Hauptexpedition des „Grundstein".

Hamburg, den 20. Januar 1890.

Der Unterzeichnete fordert hiermit diejenigen Abnehmer von Protokollen über den vorjährigen Maurerkongreß in Halle a. S., welche ihren Verpflichtungen bisher nicht nachgekommen sind, auf, die restirenden Beiträge bis spätestens Sonnabend, den 15. Februar d. J., an die unterstehende Adresse einzusenden, widrigenfalls die Veröffentlichung der Betreffenden in Nr. 8 d. Bl. stattfinden wird. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die diesbezüglichen Geldsendungen nur an die unterzeichnete Adresse zu richten sind.

Mit kameradschaftlichem Gruß

F. Wilbrandt,

Hamburg, Kl. Pulverteich, Mariaterrasse 4, I.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit".

(Eingetr. Hülfskasse Nr. 7. Sitz: Altona.)

In der Woche vom 12. bis 18. Januar 1890 sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Jatznit M. 200, Eppendorf 100, Itzehoe 55 30, Segeberg 50, Steinbeck 82, Neumünster 50, Bergedorf 140, Görlitz 200, Lindenfels 40, Prenden 30, Essen a. R. 100, Celle 100. Summa M. 1147.30.

Zuschüsse erhielten: Die örtliche Verwaltung in Niederbreisig a. Rh. M. 70, Hainstadt 150, Eichen 50, Bensheim 80, Haßfurt 50, Königsberg i. Pr. 100, Kaiserslautern 100, Hildesheim 50, Danzig 100, Greifenhagen 50, Charlottenburg 300, Zwickau 200, Altenesleben 100, Biblis 60, Forst i. Lausitz 100, Beelitz 50, Osnabrück 250, Geußnitz 200, Pirna 300, Elberfeld 100, Krefeld 100, Worms 50, Alt-Damm 200, Handschuhsheim 50, Harburg a. E. 500, Erbstadt 60, Heubach 200, Bürgstadt 50, Dortmund 100, Siedelsbrunn 150, Todtenhausen 100, Stettin 400, Barkhausen 50, Leipzig-Gohlis 50, Halle a. S. 500, Friesenheim 100, Sönnenburg 125, Mannheim 300, Nauen 200, Raibach 170, München 600, Lützel-Wiebelsbach 200, Mainz 200, Münden i. H. 100, Insterburg 100. Summa M. 7115.

Altona, den 18. Januar 1890.

K. Reiß, Hauptkassirer,
Friedrichsbaderstraße Nr. 32, Haus 7.

Achtung!

Der Unterzeichnete ersucht die Kollegen, welche den derzeitigen Aufenthalt des Maurers **Hermann Stieber** aus **Altstedt** bei **Sangershausen** kennen, um gefl. Mittheilung. Der Genannte hat auf die für den Bremer Streik bestimmte Sammelliste Nr. 34 am 24. September v. J. zirka M. 11 gesammelt und ist mit dem Betrage verdustet.

Braunschweig, im Januar 1890.

H. Lillig, Karlstraße 50 a.

Abonnements-Quittung.

Für das vierte Quartal 1889:

Alsterdorf, W., (Rest) M. 2.05; Grevesmühlen, W., (Rest) 0.35; Chemnitz, L., (1. Rate) 27; Danzig, H., 5.80.

Für das erste Quartal 1890:

Stöckte, F., M. 1.40; Amelinghausen, S., 1.40; Groden, N., 1.40; Luxhafen, H., 1.40; M. 1.40; B. 1.40; Kranowitz, K., 3; Hainau, S., 10; Alsleben, H., 1.40; Berlin, D., 1.40; Bramfeld, G., 1.40; Hellendorf, G., 1.40; Salzbach, K., 1.40; Glashütte, B., 1.40; Posen, J., 4.50; Grevesmühlen, W., 13.50; Hasenfleth, E., 2.40; Cöslin, B., (2. Rate) 1.—; Halberstadt, W., 25.60; Tangermünde, S., 3; Kröpelin, L., 3; Reppichau, L., 3; Gnoien, S., 6; Schönberg, S., 2.40; Otterndorf, S., 4; Tangendorf, H., 1.40; Eckernförde, T., 9.90; Zahna, B., (2. Rate) 4.40; Neukalen, S., 5.80; Malchin, D., 9.

Für das zweite Quartal 1890:

Tangermünde, S., (1. Rate) M. 1; Kröpelin, L., (1. Rate) 1.20.

J. Staningk.

Verlag von J. Staningk, Hamburg.
Druck von J. H. W. Dietz, Hamburg.